

EUROPA-MAGAZIN

Zeitschrift für direkte Demokratie, Selbstbestimmung und internationale Zusammenarbeit

5/1995

Dossier «Landwirtschaft»

Der Weg vom Bauernhof zur Agrofabrik entlang der EU-Agrarpolitik.
Führt ein Weg zurück?

von Susanne Korte, AgrarBündnis

S. 1

Ökologie als Chance - auch oder gerade in der Agrarpolitik.

von Alfons Haiger, Universität Wien

S. 4

Biolandbau als Chance in Europa? SP-Schlagwort oder Realität?
Schweizerische und Österreichische Stimmen im Widerstreit.

von Alex C. Bauert

S. 6

Olivenöl, Mafia, Mord, Brüsseler Direktoren und Gewerkschaften,
die trotz EU-Mitgliedschaft nicht wissen, wie politisch mit der EU
umzugehen ist.

von Christian Thomas

S. 7

Bananendiktat oder wie über EU-Fonds Geld beschafft werden kann.
Ein Lehrstück zu mangelnder Transparenz, Demokratie und
seltsamem Freihandel

von Alex C. Bauert

S. 10

La politique agricole de l'UE.

Rédaction

p. 12

Kurzinfos zur Landwirtschaft

S. 14

Bücher zur Landwirtschaft

S. 15

Europa allgemein

Bücher allgemein

S. 16

EU-Mitgliedschaft und direkte Demokratie - Demokratie-
verlust bedeutender als Schindlerstudie zu zeigen versucht

von Paul Ruppen

S. 17

Kurzinfos:

Atomgefahr, Gewerkschaften, Wirtschaft, Verschiedenes, Umwelt

S. 18

Forum-Veranstaltungen in Zürich und Basel zu Umwelt, Demokratie,
Verfassungsreform sowie Wirtschaft und Sozialem

S. 21

edito

Die Landwirtschaft sollte der Versorgung mit Nahrungsmitteln dienen. Dafür müssen Arbeitszeit und Energie, Saatgut und Futtermittel, Maschinen und Lagerräume, Land und Tiere aufgewendet werden. Die Nahrungsmittel sollten so beschaffen sein, dass sie keine negativen Folgen für die KonsumentenInnen haben können, produziert sollte so werden, dass keine negativen Folgen für die Umwelt entstehen können. Doch genau davon ist die heutige Landwirtschaft meilenweit, wenn nicht Lichtjahre entfernt.

Produziert wird mit einem immensen Einsatz von Maschinen, Energie, und Düngemitteln. Dann wird der Ertrag über weite Distanzen zur verarbeitenden Industrie, die wiederum viel Energie und Fremdstoffe verwendet, transportiert. Um im Laden Waren anbieten zu können, die optisch einwandfrei sind, werden diese mit nochmaligem Energie- und Chemieaufwand gelagert.

Gespart wird bei den Arbeitsplätzen, ausgeblendet werden die Folgen für die Umwelt und die KonsumentenInnen, verdient wird bei der Verarbeitung und beim Vertrieb. Die-



jenigen, die am Anfang stehen, nämlich die Bauern und Bäuerinnen, erhalten wenig und arbeiten viel.

Die Agrar- und die Esskultur sind die zwei Seiten der gleichen Medaille. In dieser Ausgabe konzentrieren wir uns auf die

Agrarkultur, d.h. die Agrarpolitik. Die politische Forderung, die ich eingangs formuliert habe, wird weder in der Schweiz noch in der EU erfüllt. Unsere Nahrung wird weiterhin auf Kosten der Umwelt und zu Lasten unserer Gesundheit produziert. Beide Kostenbereiche werden der Landwirtschaftspolitik nicht direkt angerechnet. Stellen Sie sich vor, Sie müssten im Laden auch diese Folgen mitberappen! Die Alternative ist - wie oben beschrieben - klar, nur politisch nicht durchsetzbar. Deswegen müssen wir weiterhin so essen, wie aufgrund der Landwirtschaftspolitik produziert wird. Guten Appetit!

Alex C. Bauert

Das Forum und EUROPA-Magazin

Die direkte Demokratie gerät in der Schweiz zunehmend unter Druck. Ein eventueller EU-Beitritt droht, sie ihrer Substanz zu berauben. Wirtschafts-, Agrar-, Gesundheits- und Umweltpolitik würden bei einem EU-Beitritt den Entscheidungskompetenzen des Volkes weitgehend entzogen. Internationale Zusammenarbeit ist für die Lösung vieler Probleme unabdingbar. Zusammenarbeit über die Grenzen hinaus darf aber nicht als Vorwand missbraucht werden, die direkte Demokratie auszuhöhlen. Denn nur die direkte Demokratie kann eine minimale, inhaltliche Kontrolle der politischen Entscheidungsprozesse gewährleisten.

J. Delors umschreibt eines der Ziele der EU-Integration wie folgt: «Wir müssen bereit sein für die Ressourcen-Kriege des 21. Jahrhunderts». Das Binnenmarktprojekt will rohstoffverschleissendes, quantitatives Wachstum forcieren. Räumliche und wirtschaftliche Konzentrationsprozesse sollen der EU-Wirtschaft vor den übrigen Wirtschaftsmächten einen Konkurrenzvorteil verschaffen. Unter friedens-, umwelt- und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten sind dies Schritte in die falsche Richtung.

Das Forum für direkte Demokratie ist eine überparteiliche Bewegung von Leuten aus dem ökologisch-sozialen, bzw. links-grünen Lager, die der offiziellen EU-Politik gegenüber kritisch eingestellt sind. Für Europa streben wir die Dezentralisation und Demokratisierung der bestehenden Territorialstaaten, die Verstärkung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit (OSZE, Europarat, Umweltkonferenzen, Minderheitenschutz, Menschenrechte, Sozialgesetzgebung, etc.) und die Pflege des vielfältigen Kontaktes zwischen Regionen, Staaten, Organisationen und Menschen an.

Ziel des **Forum für direkte Demokratie** ist eine breite Information der Mitglieder und LeserInnen über europapolitische Fragen. Dazu wird 6 Mal pro Jahr das **EUROPA-MAGAZIN** herausgegeben, das auch von Nicht-Mitglie-

Folgende Nummern des **EUROPA-MAGAZINs** sind noch erhältlich. Pro Bestellung Briefmarken für Fr. 4.- und einen adressierten und frankierten C 5-Briefumschlag an die Redaktion senden:

EUROPA-MAGAZIN, Postfach 1883, 8000 Zürich.

EM 3/1994	Dossier «Rassismus»
EM 4/1994	Dossier «Gewerkschaften»
EM 1/1995	Dossier «Schweiz-EU»
EM 2/1995	Dossier «Positive Szenarien»
EM 3/1995	Dossier «Verkehr»
EM 4/1995	Dossier «Demokratie»

Vorgesehen sind

EM 6/1995	Dossier «Frieden» (Dez. 95)
EM 1/1996	Dossier «Wirtschaftspolitik» (Jan. 96)

Dazu kommen in allen Nummern Hintergrundberichte zu aktuellen Themen und ca. 3 Seiten Buchbesprechungen und 5 Seiten Kurzinfos.

dern abonniert werden kann. Das Forum organisiert Veranstaltungen und versucht in den Kantonen Regionalgruppen aufzubauen und zu betreuen. Wenn Ihnen direktdemokratische Selbstbestimmung im Rahmen der Menschenrechte und dezentrale Strukturen in Europa am Herzen liegen, werden Sie Mitglied des Forum oder abonnieren Sie das **EUROPA-MAGAZIN** (Talon siehe Hefrückseite).



Für eine umwelt- und sozialverträgliche, nachhaltige Landwirtschaft

Vom Bauernhof zur Agrofabrik - und zurück?

In den Nachkriegsjahren erfüllte die Agrarpolitik das Ziel, die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Es wurde - verständlicherweise - versucht, die Erträge zu maximieren. Heute, rund fünfzig Jahre später, in einem völlig veränderten Umfeld, wird agrarpolitisch kaum anders gedacht, trotz Überschüssen, Umweltzerstörung und vorhandenen umwelt- und sozialverträgliche Alternativen.

von Susanne Korte*

Entwicklung der Landwirtschaft in Deutschland und in der EU

Die Landwirtschaft in Deutschland und in der EU erfuhr in den vergangenen Jahrzehnten erhebliche Veränderungen. In der Nachkriegszeit sollte durch die Förderung des Agrarsektors möglichst schnell die nationale bzw. westeuropäische Selbstversorgung mit Lebensmitteln erreicht werden. Gleichzeitig sollten Einkommen und Existenz der in der Landwirtschaft beschäftigten Menschen dauerhaft gesichert werden. Mit der Verabschiedung des Landwirtschaftsgesetzes in Deutschland im Jahr 1955 wurde u.a. festgeschrieben, dass die Landwirtschaft die Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen und preiswerten Nahrungsmitteln zu versorgen habe. Auch die Römischen Verträge von 1957, die Bildung der Europäischen Wirtschaft-Gemeinschaft im Jahr 1958 sowie die Vereinbarungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik im Jahr 1962 passten in dieses Konzept.

Mit Hilfe von Staatsgeldern sollte die landwirtschaftliche Produktion gesteigert werden. Mit dem einzelbetrieblichen Förderprogramm sollte die Wirtschaftlichkeit der Betriebe verbessert und die Spezialisierung auf wenige Betriebszweige und die Aufstockung zu grösseren Einheiten gefördert werden. Der zunehmende Einsatz von Mineraldüngemitteln und Pestiziden, die Fortschritte in der Produktionstechnik sowie in der Pflanzen- und Tierzucht ermöglichten enorme Ertragssteigerungen.

Seit 1973 stieg die landwirtschaftliche Produktion in der Europäischen Union aufgrund von technischem und züchterischem Fortschritt um etwa 2 % pro Jahr, der Verbrauch von Agrarprodukten nahm zwischen 1973 und 1988 jedoch nur um 0,5 % pro Jahr zu (EG-Kommission, 1991). Bei einigen wichtigen Agrarprodukten wurde bereits in den siebziger bzw. achtziger Jahren die Selbstversorgung in Deutschland bzw. in der EU erreicht oder sogar erheblich überschritten. Doch die dringend notwendig gewordene Korrektur der Gemeinsamen EG-Agrarpolitik blieb aus. Der Selbstversorgungsgrad für Butter lag z.B. bereits 1975 bei 125 % und 1983 bei 155 % in Deutschland, für Getreide lag er 1982/83 bei 115 % in der EG (EG 10) und für Zucker bei 147 % (Agrarbericht, 1987). Unerwünschte Butter-, Getreide- und Rindfleischberge, Milchseen, Umweltprobleme sowie ein drastischer Strukturwandel in der Landwirtschaft waren die nachteiligen Folgen dieser Agrarpolitik.

Gleichzeitig wurden die Preise für die landwirtschaftli-

chen Produkte durch Marktordnungen gestützt, Importe mit Zöllen belegt sowie Exporte subventioniert. Damit konnte die EG einerseits auf den Weltmarkt vordringen, andererseits nahm die EG die steigenden Kosten für die Agrarmarktordnungen zum Anlass, in den 80er Jahren Produktionsobergrenzen bei bestimmten Produkten wie z.B. der Milch einzuführen und die Erzeugerpreise einzufrieren bzw. zu senken. Dadurch wurde der öffentliche Druck aufgefangen, der landwirtschaftliche Strukturwandel jedoch weiter forciert: Die Landwirte waren damit zur weiteren Spezialisierung, Intensivierung und Vergrößerung der Betriebe gezwungen, um die sinkenden Preise durch Mehrproduktion auszugleichen.

Arbeitskräfte wurden durch Maschinen und Betriebsmittel ersetzt

Dieser Strukturwandel führte zu einer Abnahme der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft in der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland von etwa 3,7 Mio. in 1950 auf 1,5 Mio. in 1970 bzw. 646.000 in 1993. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe sank im gleichen Zeitraum von 1,65 Millionen auf 567.000. Seit 1987 schliessen im alten Bundesgebiet täglich fast 70 Betriebe für immer ihre Hoftore (Deutscher Bauernverband, 1994).

Noch erheblich dramatischer war die Freisetzung von Arbeitskräften - und damit der Verlust von Arbeitsplätzen - in den neuen Bundesländern im Zuge des Strukturwandels nach der Wiedervereinigung. Von den etwa 850.000 Personen, die 1989 in den landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt waren, wurden im Juni 1994 nur noch etwa 155.000 Beschäftigte registriert (Deutscher Bauernverband, 1994).

Wer gewinnt in und an der Landwirtschaft?

Die EG-Ausgaben für die Stützung der Agrarmärkte stiegen immer weiter an, 1982 lagen die EG-Agrarausgaben noch bei ungefähr 30 Mrd DM, 1990 bereits bei weit über 60 Mrd DM (EG-Kommission, 1991). 1994 betrug der EU-Haushalt insgesamt 133 Mrd DM, wovon auf der Ausgabenseite knapp 60% bzw. 75,6 Mrd DM auf den Agrarbereich entfielen. Hiervon wurden etwa 64,2 Mrd DM. allein im Bereich der Marktordnung (Abt. Garantie: Intervention, Lagerhaltung, Exporterstattung) eingesetzt (Agrarbericht, 1995). Der weit aus grösste Teil der gesamten EG-Agrarsubventionen kommt somit gar nicht bei den Landwirten an, sondern wird für die Lagerhaltung, den Transport, den hoch subventionierten Export sowie die Vernichtung der Nahrungsmittel ausgegeben (Priebe, 1994). Aufgrund der mengenbezogenen Preisstützung profitierten grosse Betriebe mit hohem Inten-

*Susanne Korte, Geschäftsführerin Agrarbündnis, Bonn

sivierungsgrad überproportional von der Stützung. So flossen z.B. 80 % der Mittel an nur 20 % der Betriebe, die aber mehr als die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche bewirtschafteten (EG-Kommission, 1991).

Zudem wird die Gewinnspanne, die von der weiterverarbeitenden Industrie, dem Zwischenhandel und dem Transport abgeschöpft wird, immer grösser. 1983/84 floss noch fast die Hälfte der Verbraucherausgaben für Nahrungsmittel in die Taschen der Bauern, 1993/94 nur noch ein Viertel (Deutscher Bauernverband, 1994). Die Erzeugerpreise für die Landwirte sind jedoch - trotz stetig steigender Ausgaben

reich die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise nicht unmittelbar bestimmen, so werden diese - ebenso wie die Arbeits-, Produktions- und Ablieferungsbedingungen der Bauern und Bäuerinnen - massgeblich von den Marktstrukturen beeinflusst (Niemann, 1993).

Landwirtschaft als Rohstofflieferant

Der Konkurrenzdruck auf «ökonomisch nicht optimal» wirtschaftende Betriebe wächst somit ständig, und ein Ende ist nicht abzusehen. Aufgrund dieses enormen Konkurrenzdrucks wurde die Landwirtschaft weitgehend auf ihre Funktion als Produzent möglichst grosser Mengen möglichst preiswerter Nahrungsmittel reduziert bzw. zum Rohstofflieferanten der Nahrungsmittelindustrie degradiert. Dagegen werden die ökologischen und sozialen Funktionen der Landwirtschaft nicht durch die Preise ihrer Erzeugnisse honoriert. Statt dessen sind die Landwirte geradezu gezwungen, mögliche Produktivitätssteigerungen unter rein ökonomischen Gesichtspunkten weitestgehend auszuschöpfen und dabei den ökologischen Zustand der bewirtschafteten Flächen und des Naturhaushaltes - auch zu ihrem eigenen Nachteil und oft gegen ihre eigene Überzeugung - in wachsendem Masse zu beeinträchtigen (Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, 1985).

Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik im Jahr 1992

Die wachsenden Produktionsmengen und Agrarmarktausgaben der EU-Landwirtschaft und die eskalierenden Konflikte mit den Handelspartnern während der Uruguay-Runde der GATT-Verhandlungen machten 1992 eine Reform der EG-Agrarpolitik unausweichlich. Die EG-Agrarreform aus dem Jahr 1992 besteht im Wesentlichen in der Senkung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise Richtung Weltmarktpreis. Bäuerinnen und Bauern müssen einen Teil ihrer landwirtschaftlichen Fläche aus der Produktion herausnehmen (ursprünglich 15 %, 1994/95 12 %, 1995/96 voraussichtlich 10 %), und erhalten dann als Ausgleich für die Preissenkungen direkte Einkommensübertragungen vom Staat.

Der angestrebte Weltmarktpreis deckt jedoch häufig nicht einmal die Kosten für die Erzeugung der landwirtschaftlichen Produkte - und entspricht erst recht nicht den ökologischen und sozialen Kosten einer industrialisierten Produktion. Die Folgen dieser Entwicklung für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume weltweit sind verheerend:

- Bäuerinnen und Bauern werden zunehmend abhängig von den direkten Einkommensübertragungen des Staates - sie sehen keine Zukunft mehr in der Landwirtschaft; vor allem die Anzahl jüngerer Leute, die in der Landwirtschaft tätig sind, geht drastisch zurück, sie suchen sich andere Arbeits- und Lebensbereiche - es kommt zur Entleerung der ländlichen Räume insbesondere in den sogenannten benachteiligten Gebieten;

- Bäuerinnen und Bauern werden gezwungen, unter den vorgegebenen Bedingungen möglichst kostengünstig und effizient zu wirtschaften - auf Umwelt- und Naturschutzmassnahmen sowie soziale Kriterien kann dabei kaum Rücksicht

EGV Art. 39. (Gemeinsame Agrarpolitik)

1. Ziel der gemeinsamen Agrarpolitik ist es:

- a) die Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte, zu steigern;
- b) auf diese Weise der landwirtschaftlichen Bevölkerung, insbesondere durch Erhöhung des pro-Kopf-Einkommens der in der Landwirtschaft tätigen Personen, eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten;
- c) die Märkte zu stabilisieren
- d) die Versorgung sicherzustellen
- e) für die Belieferung der VerbraucherInnen zu angemessenen Preisen Sorge zu tragen.

2. Bei der Gestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik und der hierfür anzuwendenden besonderen Methoden ist folgendes zu berücksichtigen:

- a) die besondere Eigenart der landwirtschaftlichen Tätigkeit, die sich aus dem sozialen Aufbau der Landwirtschaft und den strukturellen und naturbedingten Unterschieden der verschiedenen landwirtschaftlichen Gebiete ergibt;
- b) die Notwendigkeit, die geeigneten Anpassungen schrittweise durchzuführen;
- c) die Tatsache, dass die Landwirtschaft in den Mitgliedstaaten einen mit der gesamten Volkswirtschaft eng verflochtenen Wirtschaftsbereich darstellt.

für Löhne, Betriebsmittel, Maschinen etc. - nicht gestiegen sondern zumeist sogar gesunken. Der Weizenproduzentenpreis lag z.B. 1994 um 18 % unter dem Niveau von 1950. Zugleich macht er heute nur noch 7 % des Brotpreises (dunkles Mischbrot) aus, 1950 waren es noch zwei Drittel (Deutscher Bauernverband, 1994).

Auch der Konzentrationsprozess des Handels mit Nahrungsmitteln ist in den letzten Jahren erheblich vorangeschritten. Die 10 grössten Unternehmen in Deutschland konnten 1992 drei Viertel der gesamten Umsätze der Branche auf sich vereinen, auf europäischer Ebene entfallen auf die ersten 10 Unternehmen 28 Prozent des Gesamtumsatzes an Lebensmitteln (Deutscher Bauernverband, 1994). Auch wenn die Marktstrukturen im vor- und nachgelagerten Be-



genommen werden;

- die Entwicklungsländer und die Staaten Osteuropas können bei den niedrigen Preisen weder ihre eigene Landwirtschaft entwickeln noch Deviseneinnahmen aus Agrarexporten erzielen;

- bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern festigt sich das fatale Bewusstsein von billigen und wertlosen Nahrungsmitteln und

- für die Beseitigung ökologischer und sozialer Folgen muss die öffentliche Hand immense Mittel bereitstellen.

Für eine grundlegende Neuorientierung der EU-Agrarpolitik

In Deutschland haben sich bereits 1989 Organisationen aus Landwirtschaft, Umwelt-, Natur- und Tierschutz, Verbraucher- und Entwicklungspolitik im bundesweiten AgrarBündnis zusammengeschlossen, um sich für eine grundlegende Neuorientierung der EG-Agrarpolitik einzusetzen. Auf europäischer Ebene arbeitet das AgrarBündnis seit einigen Jahren zusammen mit gesellschaftlichen Bündnissen aus der Schweiz (Bauern- und Konsumenten Initiative), Frankreich (Alliance Paysans-Ecologistes-Consommateurs), England (SAFE alliance), Belgien (Coalition pour une agriculture de qualité CPAQ und Wervel), den Niederlande (Food for the future), Spanien (Plataforma Rural) und Portugal (ARP - Alianca para defesa do mundo rural Português) in dem «Europäischen Netzwerk der Bündnisse für eine Nachhaltige Landwirtschaft». Die Agrarpolitik anderer europäischer Länder, der «Nicht-EU-Mitglieder» wie Schweiz und Norwegen, ist oft positives Beispiel in den Diskussionen des Netzwerkes.

Für eine umwelt- und sozialverträgliche Landwirtschaft

Für die Umsetzung einer ökologisch- und sozialverträglichen Landwirtschaft muss die überhöhte Produktionsintensität in der EU durch eine flächendeckende Extensivierung der Landwirtschaft gesenkt werden. Zur Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln wird die gesamte landwirtschaftliche Fläche in der Produktion benötigt (Bechmann, 1993). Es ist sowohl ökologisch als auch volkswirtschaftlich sinnlos, einen Teil der Fläche aus der Produktion herauszunehmen - diese Flächen ggf. kostenintensiv zu «pflegen» - und auf den restlichen Fläche mit hohem Einsatz externer Betriebsmittel - insbesondere Pestiziden und chemisch-synthetischen Düngemitteln - Höchstserträge zu produzieren und zugleich Futtermittel aus den Entwicklungsländern zu importieren.

Um eine flächendeckende Extensivierung der Produktion zu erreichen, müssen die Energiepreise durch Abgaben bzw. Steuern drastisch verteuert werden. Die Preise müssen gemäss dem Verursacherprinzip die ökologischen und sozialen Kosten beinhalten - wie u.a. in den bei der Umwelt- und Entwicklungskonferenz (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro verabschiedeten Dokumenten gefordert -, und die bäuerliche

Arbeit muss angemessen bezahlt werden. In der Tierhaltung muss eine Flächenbindung eingeführt und der Einsatz der Gentechnologie in Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung muss verboten werden. Durch die Verteuerung der Energie - und damit auch der Transportkosten - wird die umweltverträgliche Produktion mit regionaler Verarbeitung und Vermarktung kostengünstiger als die agrarindustrielle Produktion mit hohem Einsatz externer energieintensiver Betriebsmittel. Umwelt- und Tierschutzaufgaben sowie die Durchsetzung von Qualitäts- und Rückstandsnormen müssen diese Preispolitik begleiten. Bis zur Erreichung des höheren Preisniveaus sollten übergangsweise Ausgleichszahlungen gezahlt werden, die an ökologische und soziale Kriterien gebunden sind. Diese Ausgleichszahlungen würden den GATT-Regeln entsprechen und dauerhaft abzusichern sein. Parallel dazu müssten - entsprechend dem Subsidiaritäts-Prinzips des Maastricht-Vertrages und der bei der Rio-Konferenz 1992 verabschiedeten Agenda 21 - auf regionaler und lokaler Ebene eine umwelt- und



sozialverträgliche Landwirtschaft und regionale Verarbeitung und Vermarktung gefördert werden.

Um den sogenannten Entwicklungsländern eine eigenständige Entwicklung und regionale nachhaltige Produktion von Lebensmitteln zu ermöglichen, sollte sich die Europäische Union (schrittweise) von den Weltmärkten zurückziehen und die Agrarexportsubventionen vollständig abbauen. Im Gegenzug sollte die Europäische Union die Futtermittelimporte reduzieren und durch einen Aussenschutz ein höheres europäisches Preisniveau anstreben, um die Einkommen der europäischen Bauern zu sichern.

Mit diesen Schritten könnte die EU zur Verwirklichung einer ökologisch und sozial tragfähigen Entwicklung beitragen und - gemäss den Beschlüssen der Rio-Konferenz 1992 - ihr Wirtschaften ökologischen und sozialen Zielen unterordnen und am Ziel der Nachhaltigkeit orientieren

Literatur

Agrarbericht, (1987 und 1995): Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.), Bonn

Fortsetzung siehe nächste Seite unten.

Landwirtschaft: Ökologie als Chance

Das Problem ist eigentlich klar und deutlich umrissen: Überschüsse, Umweltzerstörung, soziale Härtefälle, Landschaftsveränderungen. Landwirtschaft produziert heute industriell zu Handen der Nahrungsmittelindustrie. Sie folgt den Gesetzen der monopolkapitalistischen Wirtschaft und der EU-Wirtschaftspolitik, die nur den freien Markt, nicht aber dessen Folgen berücksichtigt.

Von Univ.-Prof. Dr. Alfred Haiger*

„Die Grösse ist es, die uns umbringt!“
(L. Kohr 1987)

Zur ökologischen Situation

In den letzten 40 Jahren hat sich in der Landwirtschaft mehr geändert als in Jahrhunderten zuvor. Das soll mit österreichischen Zahlen verdeutlicht werden (ähnlich ist es in allen westlichen Industriestaaten gelaufen). So haben sich die Flächenenerträge etwa verdreifacht, allerdings bei sechsfachem Düngemittel- und noch höherem Spritzmittel- und Fremdennergieaufwand. Auch in der Nutztierhaltung haben sich die Leistungen vervielfacht (z.B. stieg die Milch- bzw. Eierleistung je Tier um das Dreifache). In der gleichen Zeit ist der Anteil der Erwerbstätigen auf etwa ein Fünftel zurückgegangen, was durch eine enorm kostspielige Motorisierung und Mechanisierung kompensiert werden musste. Gemessen am durchschnittlichen Einkommen der unselbständigen Erwerbstätigen haben sich die Lebensmittel in der

*Dr. Alfred Haiger ist Professor an der Universität für Bodenkultur, Wien

Fortsetzung von Seite 3:

Bechmann, A. (1993): Landwirtschaft 2000 - Die Zukunft gehört dem ökologischen Landbau - Szenarien für die Umstellungskosten der Landwirtschaft in Deutschland, Hrsg.: Zukunfts-Institut - Institut für ökologische Zukunftsperspektiven gemeinnützige GmbH, Barsinghausen, März 1993.

Deutscher Bauernverband (DBV) (1994): Situationsbericht 1994, Zur wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft, Bonn, Dezember 1994

EG-Kommission (1991): Die zukünftige Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik - Grundsatzpapier der EG-Kommission; EG-Kommissionsdrucksache 100(91), Brüssel

Niemann, E. (1993): Das Agrobusiness: Marktstrukturen rund um die Landwirtschaft, in: Landwirtschaft 93 - Der Kritische Agrarbericht, Hrsg.: AgrarBündnis e.V., Bonn

Priebe, H. (1994): Agrarpolitik und Klimaveränderungen; In: Enquete-Kommission «Schutz der Erdatmosphäre» des Deutschen Bundestages (Hrsg.), Landwirtschaft, Studienprogramm, Economica-Verlag, Bonn

Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU) (1985): Umweltprobleme der Landwirtschaft, Hrsg.: Der Bundesminister des Innern, Sondergutachten März 1985, Verlag Kohlhammer, Stuttgart, Mainz

gleichen Zeit auf ein Drittel bis ein Zehntel verbilligt.

Diese Politik der «billigen Nahrungsmittel» durch Einführung industrieller Produktionsmethoden in der Landwirtschaft (Spezialisierung, Intensivierung und Rationalisierung) hat aber auch gravierende ökologische Schäden verursacht. Der starke Chemieinsatz (Dünge- und Spritzmittel) hat schwerwiegende Grundwasserbelastungen zur Folge. Die Verarmung der Fruchtfolgen bis zur Monokultur und der Einsatz überschwerer Traktoren und Maschinen haben zu argen Bodenverdichtungen und grossflächigen Abschwemmungen (Erosionen) geführt. In den intensiv wirtschaftenden, stark spezialisierten Tierhaltungsbetrieben mit hohen Bestandesdichten (Tiere je Boden- bzw. Stallfläche), aufwendiger Haltungstechnik und maximalen Leistungsanforderungen kommt es zu steigenden Ausfällen, erhöhter Krankheitsanfälligkeit und in der Folge zu vermehrtem Medikamenteneinsatz. Schliesslich kann nicht übersehen werden, dass die industriemässige Landbewirtschaftung auch zu einer starken «Ausräumung» der in Jahrhunderten gewachsenen Kulturlandschaft geführt hat. Dies könnte auch die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr gefährden.

Die entstandenen Überschüsse können auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der einzelne Bauer wie die Landwirtschaft als ganzes und damit die Versorgungslage der gesamten Bevölkerung mit Lebensmitteln enorm importabhängig geworden sind. Einerseits werden jährlich fast 1 Million Tonnen Düngemittel (Energie bzw. Salze), rund 500.000 Tonnen Eiweissfuttermittel und ca. 80.000 Tonnen Pflanzenfette importiert, das entspricht jeweils ca. 2/3 des Bedarfes, andererseits müssen Überschüsse (Getreide, Rindfleisch, Milch, Wein etc.) mit Stützungen im Ausmass von mehreren Milliarden exportiert werden.

Global gesehen verbraucht rund 1/5 der Weltbevölkerung in den Industriestaaten knapp 4/5 der Energie- und Rohstoffvorräte unserer Erde. Das hat in der Landwirtschaft dazu geführt, dass die «Weltafarmmärkte zu Abraumhalden geworden sind, auf denen die reichen Industrieländer mit hohen Subventionen ihre Überschüsse abladen und anderen Ländern aufzwingen» (Weinschenk 1990). Durch unsere völlig falsche Agrarpolitik (gleichermaßen zutreffend für die gesamte Wirtschaftspolitik, die auf weltweiten Freihandel setzt) werden sowohl die Entwicklungsländer als auch die westlichen Industriestaaten langfristig geschädigt: Erstere durch die enormen Futterexporte (allein die EG-Staaten haben 1990 fast 30 Mio t Futtermittel aus Entwicklungsländern importiert), was grossteils den Anbau von Grundnahrungsmitteln für die dortige Bevölkerung verdrängt, und in den Industriestaaten erfordert der ruinöse Preisverfall auf



den Weltagrarmärkten immer grössere Budgetanteile für die Lagerung und den Export von Überschüssen. Die Einkommen der Bauern selbst kommen aber in beiden Staatengruppen unter starken Druck, sodass die Landflucht zunimmt und die Ballungszentren wie «Krebsgeschwüre» wachsen.

Die «EU-Lösung» bleibt das Problem

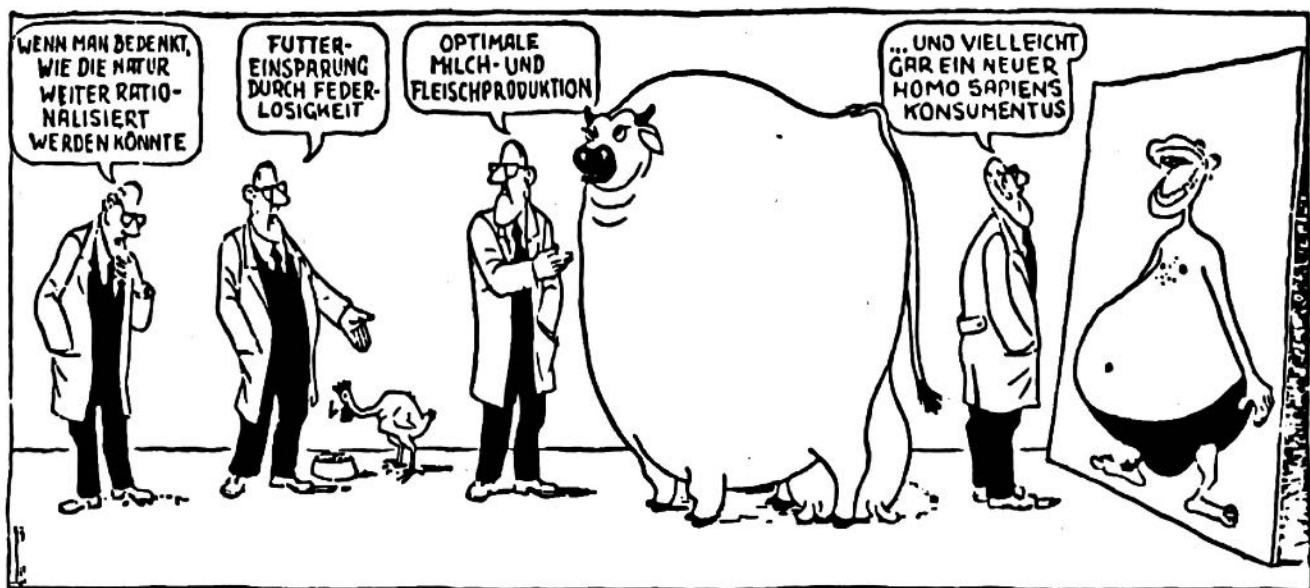
Die enorm hohen Kosten für die «Gemeinsame Agrarpolitik» (GAP) der EU hat im Juni 1992 zu einer einschneidenden Reform geführt, die nach dem damaligen Agrarkommissär als «Mac Sharry-Plan» bekannt wurde. Da die Agrarausgaben 1991 mit rund 500 Mrd. Schilling über 60 % des gesamten Haushaltes der EU betrugen, mussten drastische Sparmassnahmen gesetzt werden. Ein zweiter Grund bestand im drohenden Scheitern der Uruguay-Runde der seit 1986 laufenden GATT-Verhandlungen. Die einschneidendsten Massnahmen sind die Preissenkungen bei Getreide um 33 % auf den Ziel-Weltmarktpreis von öS 1.650,-/t, bei Rindfleisch in drei Schritten um 15 % und für Milch um 5 % bei jährlichen Quotenkürzung um 1 %. Bei Rindfleisch werden auch die Interventionskäufe von derzeit 900.000 t bis 1997 auf 350.000 t gesenkt, was zu einem weiteren Preisverfall führen wird. Für diese drastischen Preissenkungen sind unter bestimmten Nebenbedingungen (Flächenstillegungen, Rinderhöchstbesatz etc.) Ausgleichszahlungen vorgesehen. Diese Marktentlastungsmassnahmen allerdings unter dem Titel «Ökologisierung der Landwirtschaft» zu verkaufen, wie dies in Österreich geschieht, ist reiner Etikettenschwindel. Auf den stillgelegten Flächen dürfen zwar keine Pflanzen für die menschliche Ernährung angebaut werden, jedoch können nachwachsende Rohstoffe mit unbegrenzter Intensität angebaut werden. Da es auch auf den anderen Flächen keine Begrenzungen des «Chemieeinsatzes» gibt, kann auch keine Rede von Ökologisierung sein. Im Gegenteil, auf den «Biospritzflächen» wird es höchstwahrscheinlich zu einem hemmungslosen Dünge- und Spritzmittelein-

satz kommen, denn das Erntegut geht ja nicht in den Nahrungsmittelsektor, sondern wird lediglich als industrieller Rohstoff verwendet. Das entspricht jedenfalls der Logik einer industriellen Landwirtschaft, wie sie die EU fördert und Österreich nach dem EU-Beitritt auch nachvollziehen muss.

Besinnung und Umkehr tut not

Die Agrikultur ist auch im Industriezeitalter die Voraussetzung für jede andere menschliche Kultur. Die Erhaltung eines leistungsfähigen Bauernstandes müsste daher ein gesamtwirtschaftliches Anliegen sein bzw. muss durch beharrliche Öffentlichkeitsarbeit dazu gemacht werden. In der geschilderten ökologischen Situation (Abschnitt 1) ist der biologische Landbau schlechthin die Alternative zu diesem absurden, ruinösen und kostspieligen Landbewirtschaftungssystem, das unsere Lebensgrundlagen (Boden, Wasser, Luft, Pflanzen und Tiere) arg gefährdet. Denn er beruht auf der natürlichen Bodenfruchtbarkeit, einer artgemässen Viehwirtschaft (Haltung, Fütterung, Zucht) und pflegt gleichzeitig die gewachsene Kulturlandschaft. Der Landwirtschaft obliegt neben der Inlandsversorgung mit hochwertigen Grundnahrungsmitteln die Erhaltung wesentlicher Lebensgrundlagen und die Bauern sollen dafür ein entsprechendes Einkommen erwirtschaften. Diese dreifache Aufgabe verlangt ein Bündel von Massnahmen wie: rigorose Produktionsbeschränkungen auf das Ausmass der natürlichen Bodenfruchtbarkeit, Bindung der Tierhaltung an die Fläche, Abstockung übergrosser Bestände gegen finanziellen Ausgleich bzw. Einhebung von Abgaben, ein wirksamer Aussenhandelsschutz und die Förderung von Alternativen (Eiweissfutter, Ölsaaten, Mutterkuhhaltung, Schafhaltung etc.). Schliesslich sind für eine gewisse Übergangsperiode auch produktionsneutrale Einkommenstransfers nach ökologischen und sozialen Gesichtspunkten denkbar. Langfristig müsste allerdings das Einkommen der ökologisch wirt-

Fortsetzung auf Seite 6





Wie nordeuropäische Bananenhändler von Südeuropäern und Engländern gerupft werden - völlig legal, dank der EU.

Bananendiktat und unverdiente Gewinne

Die EU hat ihre Regeln - jenseits von Demokratie und Transparenz. Wer diese Regeln kennt und sie sich zu nutzen machen weiss, kann in hohem Masse von der EU profitieren. Wer die Lektion in Lobbying noch nicht verstanden hat, steht unter Umständen mit leeren Händen, bzw. halbleeren Bananenschachteln und -abfüllanlagen da. So der Autor von Bananendiktat.

von Alex C. Bauert

Das Buch liefert eine kompakte Darstellung der Funktionsweise der EU. Frankreich schützt den „einheimischen“ Bananenmarkt: Gouadeloupe und anderen Karibischen Inseln wird so ein Absatzmarkt erhalten. England und Italien behandeln ihre Ex-Kolonien ebenfalls bevorzugt. In diesen Ländern werden die sogenannten AKP-Bananen angebaut. Spanien seinerseits produziert auf den kanarischen Inseln die krumme Frucht und schottete den nationalen Markt entsprechend ab. Anders sieht es in Dänemark, den Benelux-Ländern, Skandinavien und Deutschland aus: diese Staaten importieren seit Jahren sogenannte Dollar-Bananen aus Lateinamerika. In Westdeutschland liegt der Pro-Kopf-Konsum bei über 16 kg pro Jahr.

Mit der Einführung des Binnenmarktes wurden die jeweilige Abschottung der einzelstaatlichen Märkte hinfällig. Auf Druck der Länder mit AKP-Bananen und Spanien wurde folgende Regelung aufgestellt: Dollar-Bananen werden mit einem Zoll belegt. Für die ersten 2 Millionen Tonnen ein relativ niedriger, für die weiteren ein horrend hoher von ca. 170 %. Das 2-Millionen-Kontingent darf einführen, wer eine Einfuhr-Lizenz erhält. Die Lizenzen wiederum werden nicht nur an die bisherigen Importeure der Dollarbananen

abgegeben, sondern auch an die Produzenten und Händler von AKP-Bananen. Letztere können aber am Verkauf von Dollar-Bananen gar kein Interesse haben, wollen sie doch mit der Bananenmarktregelung vor allem ihre eigenen Bananenmärkte vor den Dollar-Bananen schützen! Die Folge ist, dass diese Lizenzen zur Handelsware werden. Deutsche Importeure sind auf zusätzliche Einfuhren angewiesen, um ihre Schiffe, Hafen- und Reifeanlagen auch nur annähernd ausnützen zu können. Die Lizenz-Verkäufer verdienen zwischen 50 und 100 Millionen D-Mark jährlich, ohne dafür eine Leistung zu erbringen. Die Regelung vereinbarte auch Beihilfen, die den Gemeinschaftserzeugern die Preise von 1991 sichern. Der Handel in Frankreich hat schnell herausgefunden, dass man mit den Produzenten beliebig niedrige Preise vereinbaren kann, da nachher diese von der EU bis auf das 91er Preisniveau aufgestockt werden. Dieses Absahneverfahren hat sich inzwischen überall verbreitet (S. 137).

Es lohnt sich, ein kurzes Vorspiel zur Bananenmarktordnung zu erwähnen. Bevor der Ministerrat die Vorlage für diese Regelung verabschiedet hatte, änderte er den Vorschlag der Kommission ab. Auf Grund dieser Aenderung hätte die Kommission laut EU-Recht sich nochmals dazu zu äussern dürfen. Dieses Recht wurde ihr jedoch vom Ministerrat verweigert. Der Verfahrensfehler wurde vom EU-Gerichtshof (EUGH) nicht als Grund für die Ungültigkeit der Bananenmarktordnung anerkannt.

Doch zurück zur Bananenmarktordnung selber. Deutscher Bananengrosshändler, Neoliberalist und CDU-Mitglied Bern Artin Wessels wehrt sich seit einiger Zeit gegen die Bananenregelung, da für die deutschen Bananengrossverteiler einige hundert Millionen Investitionen auf dem Spiel stehen. Das hier besprochene Buch wurde uns ohne Bestellung zugesandt. Im Buch macht der Autor Werbung gegen die Bananenmarktordnung und wiederholt dauernd das Hohelied des freien Marktes, der allen Wohlstand und Arbeit sichert. Wessels kritisiert die BRD aufs schärfste, weil die deutschen VertreterInnen nicht wie die französischen KollegenInnen über einen kompetenten MitarbeiterInnenstab verfügten. Die Franzosen haben anscheinend deutlich besser begriffen, dass die EU ein Marktprojekt ist, das denen Gewinne bringt, welche die ihnen günstigen Rahmenbedingungen durchdrücken können, und sie investieren entsprechend Geld in die Verhandlungen.

Trotz all seinen Kontakten bis in die deutsche Regierung und in die Brüsseler Bürokratie hinein, sowie dem Einsatz von mehreren Millionen D-Mark für Rechtsanwälte, Insera-

Fortsetzung von Seite 5

schaftenden Bauern über entsprechende Produktpreise gesichert werden, wenn folgendes Ziel von der Gesellschaft akzeptiert würde:

Jeder Staat muss sich seine Grundnahrungsmittel auf Basis der natürlichen Bodenfruchtbarkeit und artgerechten Tierhaltung selbst erzeugen und gleichzeitig die gewachsene Kulturlandschaft pflegen.

Eine grundsätzliche Wende ist aber nur möglich, wenn die lebensbedrohenden Auswirkungen der industriellen Landbewirtschaftung nicht beschönigt, sondern eingesehen werden, die Politiker mehr auf die Ökologen hören als auf die Ökonomen (Gestaltungs- statt Gefälligkeitspolitik), die Wissenschaftler sich an den Naturgesetzen orientieren und nicht am freien Markt (Paradigmenwechsel), aus Landwirten wieder Bauern werden (Humusmehrung) und die Konsumenten (das sind wir alle) durch ihr Kauf- und Stimmverhalten den notwendigen Druck erzeugen (=praktizierte Ethik). Das alles wird im Industriezeitalter des gewinnmaximierenden Monopolkapitalismus nicht von selbst geschehen, doch wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Fortsetzung auf Seite 7



AGECONTROL SpA: Musterknabe oder rechter Arm von Beelzebub?

Die EU bezahlt jedes Jahr eine satte Milliarde Franken an die italienischen Olivenbauern und Olivenöl-Hersteller (und entsprechende Summen an Spanien, Portugal und Griechenland). In Italien wird dieser Geldstrom schlecht kontrolliert verteilt.

von Christian Thomas

In Italien unterwegs habe ich von einem Bekannten erfahren, dass es in Italien eine spezielle Kontrollbehörde für die Auszahlung der EU-Subventionen für den Olivenöl-Anbau gibt. Diese Behörde, die AGECONTROL SpA, hat die Aufgabe zu kontrollieren, dass es keine Bestechung, keine Betrügereien und keine Schlampereien gibt. Eigenartigerweise ist diese Behörde als privatrechtliche Aktiengesellschaft (SpA) organisiert. Eigentlich habe ich das Sekretariat der AGECONTROL nur für Drucksagen angefragt, doch ich werde sogleich in die Direktionsetage verbunden, und Dr. Vincenzo Puccia, Direktor für Planung und Kontrolle, bietet mir freundlicherweise ein Gespräch an. Gerne nehme ich an und finde mich in der obersten Etage eines Bürohauses in einem Aussenquartier von Rom ein. Direktor Puccia lässt sich eine Stunde lang von mir ausfragen und antwortet mit ausgesuchter Höflichkeit.

Er erklärt, wie die AGECONTROL entstanden sei: 1985 wollte die EG die Subventionen für die Olive genauer kontrolliert wissen. Es bestand damals, wie er selbst sagt, eine Situation mit häufigen Betrügereien. Der EG-Rechnungs-

hof in Luxemburg machte eine Untersuchung und stellte eine nicht tolerierbare Situation fest, die auch «Skandal» genannt wurde. Eine Kontroll-Agentur wurde damals auch Spanien, Griechenland und Portugal verordnet, die ebenfalls beträchtliche EU-Subventionen beziehen.

Das Reglement der EG legte fest, dass die Agentur von der staatlichen Bürokratie losgelöst sein solle und über die geeigneten Befugnisse verfügen müsse. Die Organisation in einer Aktiengesellschaft nach privatem Recht habe den Vorteil, so Direktor Puccia, dass sie viel schneller operativ werden konnte als die leider viel zu langsame Bürokratie. So konnte eine effiziente Management-Struktur aufgebaut werden. Die Aktien gehören zu 70% dem Agrar-Ministerium, zu 20% der Agentur, welche die EU-Subventionen ausschüttet und zu 10% dem Nationalen Institut für Agrar-Ökonomie. Die Agenturen in Spanien, Portugal und Griechenland, die als öffentlich-rechtliche Agenturen konzipiert sind, hatten nach Aussagen von Direktor Puccia mehr Schwierigkeiten als die AGECONTROL, die Arbeit aufzunehmen.

Die privatrechtliche Organisation als Aktiengesellschaft hat sich, wie Direktor Puccia weiter ausführte, sehr bewährt und wird, wie er wiederholt betont, heute nicht mehr in Fra-

Fortsetzung von Seite 6:

te und Kampagnen ist es ihm nicht gelungen, sich in Brüssel durchzusetzen. Dazu wäre zusätzlich nötig gewesen, in mehreren EU-Ländern die jeweiligen Regierungen auf den gewünschten Kurs zu bringen.

Das Buch weist auch darauf hin, dass die Bananenmarktordnung den GATT-Regelungen widerspricht, da die Zölle höher als 20 % sind. Die Klage der lateinamerikanischen Länder, die Dollarbananen produzieren, versuchte die Kommission durch die Vergabe von Spezialeinfuhrquoten für jene Länder, die im Rahmen des GATT/ WTO klageberechtigt sind, zuvorzukommen. Auf Druck der US-Bananenmultis könnte es nun zu GATT-konformen Vergeltungsmaßnahmen der USA kommen.

Die deutschen Importeure klagten vor dem EU-Gerichtshof (EUGH) die Verletzung des GATT-Vertrages ein, wurden aber abgewiesen, da sie „nicht direkt betroffen“ seien. Als dann der deutsche Staat mit der gleichen Klage an den EUGH gelangte, wurde der Verstoß gegen die GATT-Regelungen als nicht-rele-

vant bezeichnet. Während die EU den freien Markt im Innern fördert und propagiert, schottet sie sich Wirklichkeit gegen aussen ab. Die deutschen Bananenhändler versuchen im Augenblick, vor Deutschen Gerichten Ihre Interessen durchzusetzen. Dabei hoffen sie auf die Klausel des Maastrichter-Vertrages, der den Vorrang früher abgeschlossener Verträge anerkennt.

In der Zwischenzeit verdienen sich gewisse Leute weiterhin eine goldene Nase mit dem Handel von Einfuhrlicenzen von Bananen - Leute, die mit dem Import von Bananen nicht das geringste zu tun haben.

Das Buch beschreibt auch die Mechanismen im Vorfeld der Unterzeichnung des GATT-/WTO-Vertrages. Es wird sehr

deutlich: nur wer über die nötigen Beziehungen und gleichzeitig über grosse finanzielle Ressourcen verfügt, kann sich in diesem nicht demokratisch kontrollierten Rahmen durchsetzen.

Freund Helmut solle sich was schämen, wird da Jacques Chirac zitiert. Ob er denn nicht wisse, dass in den Ländern, in denen die Deutschen ihre Bananen kaufen, in Ecuador etwa, „die übelsten Kolonialsysteme nachkolumbianischer Zeit herrschten“.

„Moral ist eine Sache“, antwortete Kohl nach den Notizen seiner Beamten dem lieben Jacques leicht gereizt, aber „Geschäft eine andere“. Und im übrigen müsse der Freund einsehen, dass er mit seiner Bananenpolitik die Deutschen hart treffe (Spiegel 34/95).

B. Wessels, Das Bananendiktat. Plädoyer für einen freien Aussenhandel Europas. Campus, Frankfurt 1995



ge gestellt. Diskussionen um die Zweckmässigkeit des privatrechtlichen Statutes gab es nach seinen Ausführungen nur in den Jahren 1985/86, als die AGECONTROL gegründet und aufgebaut wurde, heute herrsche aber Einigkeit darüber, dass gut gearbeitet werde. Direktor Puccia weist (nicht ohne einen gewissen Stolz) darauf hin, dass die EU, das heisst Direktor Michel Jacquot vom FEOGA (Fonds européen d'orientation et de garantie agricole), der die EU-Subventionen aus Brüssel schickt, sehr zufrieden sei mit der Arbeit der AGECONTROL.

Es arbeiten etwa 100 Leute für die AGECONTROL. Das Budget beträgt 15 - 20 Milliarden Lire (11 - 15 Mio. sFr.) pro Jahr, die zur Hälfte von der EU und zur Hälfte vom Staat Italien bezahlt werden. In den letzten 10 Jahren wurden für 212 Mrd. Lire (159 Mio. sFr.) Betrugereien (im Durchschnitt also etwa 20 Mrd. pro Jahr) aufgedeckt. Dieser Betrag muss an die EU zurückbezahlt werden, und ein gleicher Betrag wird vom italienischen Staat bei den Betrügern als administrative Sanktion eingefordert. Ob im Laufe der Jahre aber wirklich ein substantieller Teil dieser Gelder eingetrieben werden kann, ist eher fraglich.



Triumphbogen auf dem Forum Romanum (photo: Christian Thomas)

Die Auszahlungen betragen für die Bauern etwa 1000 Lire (0.75 sFr.) pro Liter Öl. Für Grossproduzenten ab 500 kg wird der Beitrag nach der Erntemenge festgesetzt. Kleinere Produzenten, deren Ernte nicht detailliert kontrolliert werden kann, erhalten ihren Beitrag aufgrund einer Berechnung nach Anzahl Bäume und durchschnittlicher Produktivität. Es gibt einen genauen Kataster der Olivenbäume, der regelmässig unter Zuhilfenahme der Auswertung von Satellitenfotos à jour gehalten wird. Zudem gibt es noch eine Hil-

fe für die Vermarktung und den Konsum von Olivenöl, die früher 900 und heute noch 300 Lire pro Liter beträgt, aber nur für Öl von guter Qualität ausgeschüttet wird. Im letzten Rechnungsjahr wurden für die Produktion 850 Mrd. L. und für die Vermarktung 485 Mrd. L., insgesamt also 1'335 Mrd. L. (fast genau eine Milliarde sFr.) ausgeschüttet. Es geht also um viel Geld!

Um die Rechtmässigkeit der Subventionen zu überwachen, müssen etwa 1 Million Bauern, die in 180 Vereinigungen zusammengeschlossen sind, und etwa 8000 verarbeitende Betriebe kontrolliert werden. Das ist nur stichprobenweise möglich. Das Mischen von Olivenöl mit Samenöl ist untersagt und im Labor der Zollbehörden werden Proben ausgewertet, die bei unangekündigten Kontrollen gesammelt werden. Aus dem Jahresbericht 1993/94 geht hervor, dass 1'138 Anzeigen wegen Betrug erstattet worden sind.

Die Stimme der Gewerkschaften.

Aus Kreisen der Gewerkschaft der Lebensmittel-Branche erhielt ich eine dicke Dokumentation zur Affäre AGECONTROL sowie einige ergänzende Bemerkungen zugesandt,

die ich wie folgt zusammenfassen kann:

Die meisten Inspektoren der AGECONTROL sind in den beiden Gewerkschaften CISL und CGIL organisiert und sie bekämpfen seit Jahren und sehr heftig, auch mit Demonstrationen und Streiks (so am 22. Nov. 1994), den privatrechtlichen Status der AGECONTROL AG. Dies auf folgenden Gründen: Sie üben Beamtenfunktionen

aus, haben aber nicht die Sicherheiten, die garantierten Anstellungsbedingungen und die gemäss Qualifikation festzulegenden Löhne von Beamten. Statt im öffentlichen Interesse handeln zu können, sind sie an die Weisungen der privatrechtlichen Hierarchie gebunden. Laut diesen beschränkt sich die Kontrolle der Betriebe gewöhnlich nur auf Buchkontrollen. Es wird den Inspektoren praktisch unmöglich gemacht, Recherchen darüber anzustellen, ob die Zahlen effektiv den verarbeiteten Mengen entsprechen. Selbst bei



Verdacht sind ihnen die Hände gebunden. Die grössten Unregelmässigkeiten stellen sie bei den Öl abfüllenden Betrieben fest, doch sie können nichts dagegen unternehmen. Die Inspektionsformulare müssen vom Inspektor unterschrieben werden, nicht aber von seinem Vorgesetzten. Der Inspektor trägt somit die Verantwortung. Der Vorgesetzte hindert ihn aber daran, sich für die effektive, qualitative Richtigkeit der Angaben zu interessieren. Die Inspektoren sind somit immer mit einem Bein im Gefängnis. Effektiv wurden in der Provinz Brindisi 1994 zwei Inspektoren von Direktor Puccia angeklagt und werden jetzt gerichtlich verfolgt, weil die Zahlen, die sie überprüft und für die Auszahlung der Subvention freigegeben haben, nur auf fiktiven Transaktionen beruht haben. So hat die Direktion ein starkes Instrument in der Hand, missliebige Inspektoren zu diskreditieren, zu kriminalisieren und loszuwerden. Die beiden Inspektoren werden von der Angestelltenversammlung einstimmig im Kampf gegen das Management unterstützt, doch einer der beiden hat den Dienst von sich aus quittiert. Der Prozess hat noch nicht stattgefunden.

Noch viel gravierender ist aber die Unsicherheit und die berechnete Angst der Inspektoren seit der brutalen Ermordung des Inspektors und Familienvaters Antonio Tarsitani auf einer Autobahn in Kalabrien im Juni 1993. Die Erschiessung, die durch zahlreiche Schüsse aus mindestens zwei Waffen mit grosser Feuerkraft erfolgte, weist eindeutig auf ein organisiertes Verbrechen hin. Es folgten Verhaftungen im Milieu der Olivenöl-Mafia, doch die Verhafteten hatten für die Tatzeit wasserdichte Alibis und mussten freigelassen werden. Direktor Puccia ergänzt später auf Anfrage, dass drei Leute des Mordes angeklagt sind, dass aber auch dieser Prozess noch nicht stattgefunden hat.

Für die Gewerkschaften ist klar, dass der privatrechtliche Status der AGECONTROL dazu dient, dass einige wenige Direktoren auch dann saftige Manager-Gehälter beziehen können, wenn sie völlig unqualifiziert arbeiten. Die Top Manager verdienen zum Teil mehr als 18'000 sFr. pro Monat (zuzüglich Spesenpauschalen), was für italienische Verhältnisse extrem hoch ist. Die Inspektoren etwa, die eine abgeschlossene Berufsausbildung beispielsweise als Agrar-Ingenieure oder Buchhalter haben, verdienen im Durchschnitt nur etwa 1'500 sFr. pro Monat. Nach Ansicht der Gewerkschaften dient der privatrechtliche Status zudem dazu, den Staat daran zu hindern, die weit verbreiteten mafiösen Praktiken zu stoppen, welchen die Inspektoren immer wieder begegnen. So wird etwa vermieden, EU-Beiträge an Firmen zu blockieren, wenn bei einer Firma im Vorjahr Unregelmässigkeiten festgestellt werden. Diese Unregelmässigkeiten, die im internen Informationssystem festgehalten sind, werden von den Vorgesetzten jeweils als verjährt taxiert, weil immer nur jährliche Kontrollkampagnen durchgeführt werden. Wer die internen Kontrollmechanismen der AGECONTROL kennt, der kann so krumme Touren drehen.

Die Gewerkschaften und mit ihnen die Parlamentarier Manconi, Barbieri, Di Maio und Borroni sehen einen Zusammenhang zwischen dem Umstand, dass die abfüllenden Betriebe nicht wirklich kontrolliert werden und dem Fak-

tum, dass Dino Filippo Cagetti, Präsident der AGECONTROL gleichzeitig Vizepräsident der Supermarkt-Kette Esselunga ist, die mit Olivenöl handelt. Cagetti befindet sich somit in der Position des kontrollierenden Kontrollierten (Parlamentsprotokoll von 4.8.1994). Die oben genannten Parlamentarier werfen dem Direktor Puccia, der die beiden Inspektoren in Brindisi angezeigt hatte, Verleumdung vor, weil er mit seiner Anzeige nur seine eigene Verantwortlichkeit auf andere abschieben wolle.

Die Landwirtschaftskommission des Senates hat an der Sitzung vom 8. Feb. 1995 beschlossen, die Liquidation der AGECONTROL zu beantragen. Noch hat sich nichts geändert. Direktor Puccia ist zwar als Chef der Inspektoren abgesetzt worden, aber gleichzeitig «nach oben» befördert worden. Er sitzt also immer noch in Amt und Würden und beschwichtigt ahnungslose Journalisten. Gleichzeitig werden die Inspektoren von den Untersuchungsrichtern befragt. Die Geschichte tritt jetzt wieder in eine heisse Phase, denn die nationalen Gewerkschaften CISL und CGIL haben sich hinter die Inspektoren gestellt und haben in einem Brief an das Parlament und den Senat vom 18. Sept. 1995 geschrieben, dass die AGECONTROL wegen des Einsatzes der idealistisch motivierten Inspektoren zwar gute Erfolge erziele, dass es aber «unglaubliche Geldverschwendung, fragwürdige Beförderungen und groteske Umstrukturierungen» in der AGECONTROL gebe. Sie fordern erneut die Auflösung der AGECONTROL oder zumindest einen Turnover beim Management. Die Gewerkschaften bereiten für den November einen nationalen Kongress vor, an dem der Landwirtschafts-Minister, die Finanz-Polizei, die Untersuchungsbehörden, die EU, die auszahlende Behörde und Parlamentarier teilnehmen sollen. Die Gewerkschaften nehmen an, dass jetzt die AGECONTROL am Ende ist. Für die Gewerkschafter ist klar, dass die AGECONTROL AG, die noch zu Andreottis Zeiten gegründet worden ist, nur dazu dient, die dubiosen Machenschaften mit den Olivenöl-Subventionen verdeckt zu halten. Andreotti trägt unter Linken und Grünen seit Jahren den Übernamen Beelzebub (ital. belzebù).

Und was meint Brüssel dazu?

Direktor M. Jacquot in Brüssel behauptete auf telefonische Anfrage hin tatsächlich, die italienische AGECONTROL sei verglichen mit den entsprechenden staatlichen Agenturen in Portugal, Spanien und Griechenland «incontestablement en tête» und sie habe eine «équipe dirigeante très professionnelle». Griechenland zum Beispiel habe schon vier mal den Direktor gewechselt, weil dieser Job bei jedem Regierungswechsel neu vergeben werde. Für Jacquot ist klar, dass sich die italienische Struktur bewährt habe. Er bedauert nur, dass die Unterstützung von Seiten der Regierung und des Parlamentes mangelhaft sei. Anzunehmen, dass der Mann im fernen Brüssel mit den AGECONTROL-Direktoren unter einer Decke stecke, wäre ein voreiliger Schluss. Naheliegender ist anzunehmen, dass er die Dinge gar nicht so genau kennt und wahrscheinlich auch nicht kennen will.

Fortsetzung auf Seite 10

Der Bio-Landbau und die EU

Andrea Hämmerle, Bio-Bauer, SP-Nationalrat und «Euroturbo» plädiert für den EU-Beitritt, denn dieser sei eine chance für den Bio-Bauern. Er stellte die Bio-Landwirtschaft Österreichs als positives Beispiel dar, doch dort wollte man - auf telefonische Anfrage hin - mit dieser Interpretation angesichts der EU-Tatsachen nicht so richtig warm werden.

von Alex C. Bauert

An der Medienkonferenz der BiobäuerInnen vom 1.9.95 wurde unter anderem zur EU-Frage informiert. Urs Niggli, Forschungsinstitut für biologischen Landbau, Oberwil BL, stellte die Möglichkeit vor, gemäss gesetzlicher Regelung des Biolandbaus in der EU (Verordnung Nr. 2092/2091) gleichzeitig auf einem Betrieb mit Pestizidspritzungen, ertragsorientierter Nitratdüngung und bodenschonender Kompostwirtschaft zu arbeiten. Einzelne Produktionszweige können aus einem konventionellen Betrieb herausgelöst werden und biologisch bewirtschaftet werden. Man nennt dies in der Schweiz sektorielle Bioproduktion oder Euro-Bio. Die in der Vereinigung schweizerischer biologischer Landbau-Organisationen (VSBLO) zusammengeschlossenen 2200 Biobauernfamilien stellen dagegen jeweils den ganzen Betrieb in einem Schritt um.

Die EU - eine Chance für Biobauern?

Andrea Hämmerle, Biobauer, SP-Nationalrat und „Euroturbo“, warb an der Pressekonferenz einmal mehr für den EU-Beitritt. Gerade als Biobauer sei er für den Beitritt. Die EU sieht er als Markt mit über 300 Millionen KonsumentenInnen, von denen ein beträchtlicher Teil (10 bis 30 %) an gesunden, hochwertigen, ökologisch produzierten Lebensmitteln und Spezialitäten interessiert sind. Für die billigen Massenprodukte sei die Schweiz nicht konkurrenzfähig, dafür seien die Produktionskosten zu hoch. Im Bio-Marktsegment sei die Schweiz aber durchaus wettbewerbsstark. Er warb für den Knospen-Biolandbau, da dieser den Anforderungen nach mehr Ökologie am besten erfülle und dessen Produkte am Markt am meisten gefragt seien.

Hämmerle führt Österreich als positives Beispiel in diesem Bereich an. „Es ist kein Zufall, dass Österreich über die EU-Minimalanforderungen hinaus geht, setzt doch genau dieses Land ganz konsequent auf den biologischen Landbau (Naturkostladen Europas).“ (Kultur und Politik 5/95)

«Alles nur Schlagworte»

Eine Anfrage bei der Österreichischen Bergbauernvereinigung ergab allerdings ein weniger euphorisches Bild: Elisabeth Baumhöfer antwortete auf die Darlegung von Hämmerles Ausführungen mit „alles nur Schlagworte“. Richtig sei, dass die Direktzahlungen durch den EU-Beitritt zugenommen haben, doch die Gesamteinnahmen der Bauern nahmen wegen des Preiszerfalls ab. Die Preise für Bio-Milch liegen heute unter denen der konventionellen Milch vor dem Beitritt. Deshalb haben die Einkommen der Bauern durch den Beitritt abgenommen. Die zusätzlichen Fördermittel stünden zudem bei der aktuellen Budgetdebatte im österreichischen Parlament zur Debatte und würden voraussichtlich gekürzt. In vier Jahren fallen dann auch noch die Übergangszahlungen weg.

Sepp Ortner, Obmann des Ernteverbandes, dem grössten Bioverband in Österreich, erklärter links-grüner Gegner des EU-Beitrittes und Kritiker der menschenfeindlichen EU-Wirtschaftspolitik, meinte zu Hämmerles Idealisierung:

»In Österreich gibt es mehr Bio-Bauern, als in der ganzen übrigen EU: 23000 (15 % der österreichischen Betriebe) gegenüber 17000 in der EU. Marktpolitisch genutzt, ergäben sich in den EU-Ländern Absatzchancen. Doch es ist eine Illusion zu glauben, dass gesamthaft durch den EU-Beitritt mehr Absatzchancen entstehen, da der Inlandmarkt durch billigere ausländische Produkte überschwemmt wird: Seit

Fortsetzung von Seite 9:

Jedenfalls wird er merklich kürzer angebunden, wie er feststellt, dass ich eine kritische Einstellung haben könnte. Er benützt die Gelegenheit gar nicht, mich über meine Kenntnisse auszufragen. Nach seiner Meinung über die Sicht der Gewerkschaften befragt, fragt er zurück «Was für eine Gewerkschaft?» und erwähnt einen Streik vor 3 Jahren. Dass vor knapp einem Jahr ein grosser Streik mit Demonstration stattgefunden habe, ist ihm nicht mehr präsent. Die Argumente der Gewerkschafter kennt er nicht. Für Brüssel scheint auch nicht wichtig zu sein, was die Italiener genau kontrollieren und was nicht, sonst hätten EU-Kontrolleure sich nicht nur mit der Direktionsetage, sondern auch mit den Inspektoren vor Ort unterhalten und wären damit sehr genau über die Unzufriedenheit der Gewerkschaften informiert worden. Wichtig ist für Brüssel hauptsächlich, dass ein angenehmer Verhandlungspartner mit sauberen Jahresberich-

ten vorhanden ist und dass dieser Verhandlungspartner nicht immer wieder wechselt wie in Griechenland.

Die Tätigkeit der Gewerkschaften muss allerdings auch als eher unprofessionell angesprochen werden. Die Schweizer Gewerkschaften propagieren einen EU-Beitritt mit dem Argument, dass nur eine international vernetzte Struktur dem internationalen Kapital entgegenreten könne. Dies ist zweifellos der Fall, setzt aber keinen EU-Beitritt voraus. Innerhalb der EU funktioniert die internationale Zusammenarbeit, wie dieser Fall zeigt, offenbar auch nicht: Die italienischen Gewerkschaften bringen es nicht einmal fertig, den verantwortlichen Mann in Brüssel so zu informieren, dass er ihren Namen und ihre Argumente kennt. Sind es die mangelnden Sprachkenntnisse, die kulturellen Barrieren oder das Bedürfnis, hauptsächlich für die eigene Klientel Wind zu produzieren, welche die Gewerkschaften daran hindern, international wirksam zu sein?

Die soziale Volksinitiative Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann

Nein zur Erhöhung des Frauen-Rentenalters!

Die Parlamentsmehrheit will im Rahmen der 10. AHV-Revision das Rentenalter der Frauen in zwei Schritten von 62 auf 64 Jahre erhöhen.

Diese Erhöhung ist für uns unakzeptabel. Nicht nur, weil damit die Frauen einen Grossteil der sozialen Verbesserungen der Revision selbst bezahlen müssten. Eine Erhöhung des Frauen-Rentenalters schafft auch zusätzliche Arbeitslose: Es ist unsinnig, die Frauen zu zwingen, bis 64 zu arbeiten, wenn gleichzeitig Tausende von jungen Menschen erfolglos eine Arbeit suchen.

Die Gleichstellung von Frau und Mann im Rentenalter muss durch Verbesserungen für die Männer und nicht durch Verschlechterungen für die Frauen erreicht werden.

Unsere Volksinitiative ermöglicht es, die Erhöhung des Rentenalters zu verhindern, ohne die grossen sozialen Verbesserungen der 10. AHV-Revision zu gefährden, welche vor allem den Frauen und den RentnerInnen mit kleinerem Einkommen zugute kommen (Splitting, Betreuungs- und Erziehungsgutschrift, verbesserte Rentenformel, Vorbezugsrecht.)

Die Lösung der Zukunft: Ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann

Wer nach 62 keiner Lohnarbeit nachgeht, erhält die volle AHV-Rente. Wer noch erwerbstätig ist, erhält die Rente ab dem Zeitpunkt, zu dem er/sie in Pension geht. Teilzeiterwerbstätige erhalten eine Teilrente. Spätestens mit 65 oder 67 Jahren (das Gesetz legt dieses Alter fest) erhalten auch weiterhin Erwerbstätige die volle AHV-Rente.

● Mehr Lebensqualität im Alter, weniger Gesundheits- und IV-Kosten

Die flexible Pensionierung entspricht den Bedürfnissen der Menschen und erhöht deren Lebensqualität. Der Berufsalltag wurde in den letzten Jahren immer hektischer. Ein früheres Rentenalter schont Gesundheit und Wohlbefinden vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger. Das spart auch Gesundheits- und IV-Kosten.

● Ein wirksames Mittel gegen die Arbeitslosigkeit

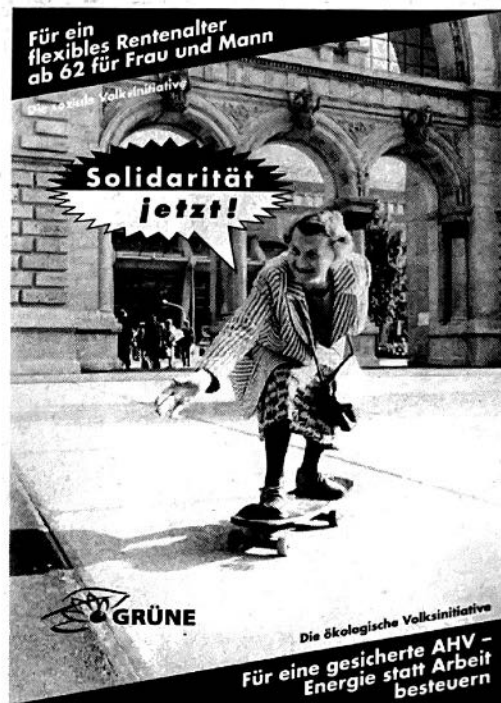
Tausende von Erwerbstätigen über 62 möchten heute gerne in Pension gehen. Gleichzeitig suchen junge Menschen verzweifelt eine Stelle. Das flexible Rentenalter 62 für Frau und Mann macht diesem Unsinn ein Ende. Die Arbeitslosenkasse wird damit jährlich um mehrere Hundert Millionen entlastet.

● Heute sind flexible Lösungen gefragt

Unsere Initiative trägt den unterschiedlichen Bedürfnissen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Rechnung. Die einen möchten am liebsten schon mit 62 in Pension, andere würden gerne länger arbeiten. Das flexible Rentenalter ist die Lösung der Zukunft.

● Mehr Solidarität zu tragbaren Kosten

Die Kosten unserer Initiative sind tragbar: Den Mehrkosten bei der AHV, die durch das flexible Rentenalter ab 62 verursacht werden, stehen enorme Einsparungen bei der Arbeitslosenversicherung gegenüber. Die Netto-Mehrkosten des flexiblen Rentenalters liegen so bei 400 bis 600 Millionen Franken jährlich. Die von uns lancierte parallele Finanzierungs-Initiative zeigt auf, wie diese und allfällige Mehrkosten aufgrund der demographischen Entwicklung ökologisch und sozial sinnvoll finanziert werden.



Grünes Initiativkomitee · Markusstrasse 20 · 8006 Zürich
Fon 01/364 15 60 · Fax 01/364 14 85 · PC 30-38719-2

Eidg. Volksinitiative Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann

Im Bundesblatt veröffentlicht am 22. November 1994

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 121 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff, folgendes Begehren:

I Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:

Art. 34 quater Abs. 8 (neu)

Altersrenten werden ab dem vollendeten 62. Altersjahr gewährt. Bei Erwerbstätigkeit nach dem vollendeten 62. Altersjahr legt das Gesetz fest, wann der Anspruch ohne die Bedingung der Erwerbsaufgabe entsteht, und regelt den Teilanspruch auf Renten bei teilweiser Erwerbsaufgabe. Es kann die Altersgrenzen herabsetzen und unter bestimmten Bedingungen einen Vorbezug vorsehen.

II Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Art. 23 (neu)

Hat die Bundesversammlung nicht innert fünf Jahren nach Annahme des Artikels 34 quater Absatz 8 die entsprechende Gesetzgebung erlassen, erlässt der Bundesrat die nötigen Ausführungsbestimmungen.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton: PLZ: Politische Gemeinde:

Nr.	Name (Bitte in Blockschrift ausfüllen)	Vorname	Geburts- jahr	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Kontrolle (leer lassen)
1					
2					
3					
4					
5					

Ablauf der Sammelfrist: 22. Mai 1996

Stimmrechtsbescheinigung durch die Gemeinde (wird durch das Komitee eingeholt)

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort/Datum:

Amtsstempel:

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson:
(eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit einfacher Mehrheit vorbehaltlos zurückzuziehen:

Diener Verena, Nationalrätin, Präsidentin Grüne, Schmittengasse 12, 8414 Buch a.l. ZH; Hennequin Erica, Vizepräsidentin Grüne, Le Borbet 21, 2892 Courgenay JU; Schmid Adrian, Vizepräsident Grüne, Wesemlinstrasse 23, 6006 Luzern LU; Bär-Schwab Rosmarie, Nationalrätin, Breichenstrasse 5, 3074 Muri BE; Baumann Ruedi, Nationalrat, Inselmatt, 3262 Suberg BE; Betschart Ruth, Kantonsrätin, Rigigasse 22, 6403 Küssnacht SZ; Bugnan Fabienne, Nationalrätin, 18, Avenue de Vaudagne, 1217 Meyrin GE; Bühlmann Cécile, Nationalrätin, Fraktionspräsidentin, Guggistrasse 17, 6005 Luzern LU; Cattaneo Manuela, Via Purasca, 6988 Ponte Tresa TI; Gonseth Ruth, Nationalrätin, Sonnhalde 3, 4410 Liestal BL; Hollenstein Pia, Nationalrätin, Rorschacherstrasse 189b, 9000 St. Gallen SG; Holm Esther, Kantonsrätin, Aubrigstrasse 14, 8810 Horgen ZH; Meier Hans, Nationalrat, Buelweg 1, 8192 Glatfelden ZH; Misteli Marguerite, Nationalrätin, Käppelhofstrasse 14, 4500 Solothurn SO; Morin Guy, Florastrasse 33, 4057 Basel BS; Ostermann Roland, Nationalrat, Vers-chez-les-Blanc, 1000 Lausanne 26 VD; Piguet Christian, Beaux-Arts 16, 2000 Neuchâtel NE; Robert Leni, Nationalrätin, Seminarstrasse 24, 3006 Bern; Schmid Peter, Nationalrat, Kowazen, 8536 Hiltwilen TG; Schauwey Sylvia, Rue St. Ours, 1926 Fully VS; Theiler Luzius, Lüttenauweg 8, 3006 Bern BE; Thür Hanspeter, Nationalrat, Oberholzstrasse 21, 5001 Aarau AG; Thürig Andreas, Zugerstrasse 64, 6330 Cham ZG

Ganz oder teilweise ausgefüllte Bogen sofort einsenden an:
Grünes Initiativkomitee, Markusstrasse 20, 8006 Zürich

☐ Bitte senden Sie mir Expl. Unterschriftenbogen an folgende Adresse

Die ökologische Volksinitiative Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern!

Was bringt unsere Initiative?

Zur ganzen oder teilweisen Finanzierung der Sozialversicherungen wird eine Energiesteuer eingeführt. Diese soll

- schrittweise die Belastung der menschlichen Arbeitskraft durch Lohnnebenkosten senken,
- die Mehrkosten einer Herabsetzung des AHV-Rentenalters decken,
- die Finanzierung der sozialen Sicherheit auch in Zukunft garantieren.

Die Energiesteuer – auf nichterneuerbaren Energieträgern und auf Wasser-Grosskraftwerken – wird schrittweise eingeführt. Die Schritte sollen im Voraus bekannt und damit für Unternehmungen und Individuen voraussehbar sein. So können diese ihre Planung und ihre Investitionen langfristig anpassen.

In Härtefällen – etwa für energieintensive Branchen – können in einer Übergangszeit Steuererleichterungen gewährt werden. Die Initiative hält fest, dass die Reduktion der Lohnprozente auf sozialverträgliche Art geschieht und Nichterwerbstätige (etwa RentnerInnen) eine Steuerrückerstattung (z.B. bei der direkten Bundessteuer) erhalten.

Die Lösung der Zukunft: Energie statt Arbeit besteuern

Energie verteuern und gleichzeitig die menschliche Arbeitskraft attraktiver machen. Dieses Konzept hat viele Vorteile:

● Sparsamer Energieeinsatz – ein ökologisches Muss!

Die Energiesteuer ist ein Schlüssel für eine bessere Umwelt. Nicht erneuerbare Energie ist ein knappes Gut. Ihr Verbrauch bedroht unser Klima und belastet Luft, Wasser und Böden. Der sparsame Energieeinsatz ist ein ökologisches Muss.

Eine Energiesteuer hält Wirtschaft und Individuen zu sparsamem Einsatz von Energie an, fördert umweltgerechte Innovation und zukunftsweisende Technologien und stärkt die internationale Konkurrenzfähigkeit. Ohne neue Verbote oder Vorschriften!

Energie wird es jedoch auch in Zukunft immer brauchen. Eine Energiesteuer stellt deshalb eine sichere Finanzgrundlage für die Aufgaben der Zukunft dar.

● Die Senkung der Lohnnebenkosten macht die menschliche Arbeitskraft attraktiver

Eine Senkung der Lohnnebenkosten heisst weniger Lohnabzüge für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und weniger Sozialabgaben für die Arbeitgeber. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit ist dies das richtige Signal. Es schafft für Firmen einen zusätzlichen Anreiz, Arbeitsplätze zu schaffen.

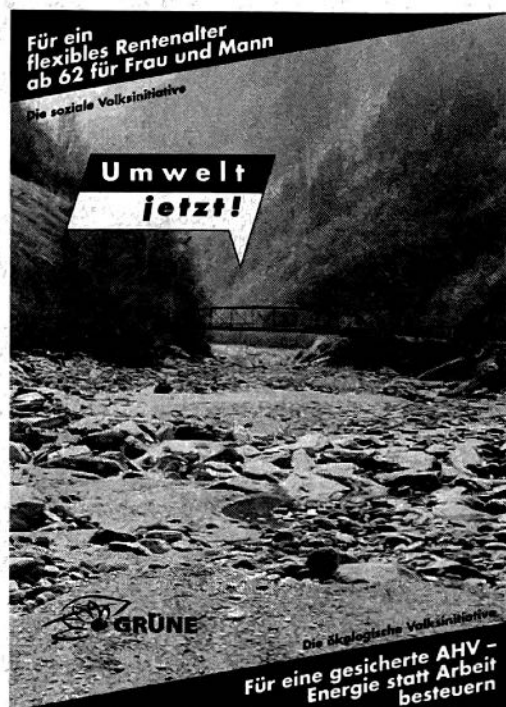
● Eine sichere Finanzgrundlage für die Sozialwerke

Die demographische Entwicklung («Alterspyramide») stellt die langfristige Finanzierung der sozialen Sicherheit in Frage. Neue Finanzierungsgrundlagen sind nötig, damit die Solidarität zwischen jung und alt auch in Zukunft hält. Weder eine zusätzliche Belastung der Bundeskasse noch eine weitere Erhöhung der Lohnprozente sind gangbare oder sinnvolle Wege.

Fachleute aus aller Welt schlagen die Finanzierung der Zukunft vor: Eine Energiesteuer. Energie wird es immer brauchen, der Einsatz von Energie und Maschinen wird immer wichtiger. Auch dieser Bereich soll seinen Beitrag zu einer sicheren AHV leisten.

● Flexibles Rentenalter – wie finanzieren? Unsere Initiative gibt die Antwort

Wir zeigen auf, wie das flexible Rentenalter ab 62 finanziert werden kann. Mehrkosten sollen nicht einfach durch zusätzliche Lohnabgaben oder durch eine Belastung der Bundeskasse gedeckt werden. Die Initiative «für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern» gibt die realistische und zukunftsgerichtete Antwort.



Grünes Initiativkomitee · Markusstrasse 20 · 8006 Zürich
Fon 01/364 15 60 · Fax 01/364 14 85 · PC 30-38719-2

Eidg. Volksinitiative Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern!

Im Bundesblatt veröffentlicht am 22. November 1994

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 121 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff, folgendes Begehren:

I Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:

Art 41 quater (neu)

Der Bund erhebt zur teilweisen oder vollständigen Finanzierung der Sozialversicherungen eine Steuer auf nicht erneuerbaren Energieträgern und auf Elektrizität von Wasserkraftwerken mit mehr als 1 Megawatt Leistung.

II Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Art. 24 (neu)

¹ Bei einer Herabsetzung des Rentenalters werden mit dem Erlös der Energiesteuer nach Artikel 41^{quater} die entstehenden Mehrkosten gedeckt.

² Der Erlös der Energiesteuer wird darüber hinaus zur sozialverträglichen Reduktion der Beiträge der Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber/innen für AHV, IV, EO und ALV sowie der Beiträge der Selbständigerwerbenden für AHV, IV und EO verwendet. Nichterwerbstätige, die ein im Gesetz bestimmtes Mindesteinkommen nicht erreichen, erhalten im Umfang der durchschnittlichen energiesteuerbedingten Mehrbelastung eine Steuerrückerstattung.

³ Die Energiesteuer wird in regelmässigen, voraussehbaren Schritten eingeführt. Das Gesetz kann für Härtefälle befristete Steuererleichterungen vorsehen.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton:

PLZ:

Politische Gemeinde:

Nr.	Name (Bitte in Block schrift ausfüllen)	Vorname	Geburts- jahr	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Kontrolle (leer lassen)
1					
2					
3					
4					
5					

Ablauf der Sammelfrist: 22. Mai 1996

Stimmrechtsbescheinigung durch die Gemeinde (wird durch das Komitee eingeholt)

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort/Datum:

Amtsstempel:

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson:
(eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit einfacher Mehrheit vorbehaltlos zurückzuziehen:

Diener Verena, Nationalrätin, Präsidentin Grüne, Schmittengasse 12, 8414 Buch a.l. ZH; **Hennequin Erica**, Vizepräsidentin Grüne, Le Borbet 21, 2892 Courgenay JU; **Schmid Adrian**, Vizepräsident Grüne, Wesemlinstrasse 23, 6006 Luzern LU; **Bär-Schwab Rosmarie**, Nationalrätin, Breichenstrasse 5, 3074 Muri BE; **Baumann Ruedi**, Nationalrat, Inseltal, 3262 Suberg BE; **Betschart Ruth**, Kantonsrätin, Rigigasse 22, 6403 Küssnacht SZ; **Bugnon Fabienne**, Nationalrätin, 18, Avenue de Vaudagne, 1217 Meyrin GE; **Bühlmann Cécile**, Nationalrätin, Fraktionspräsidentin, Guggistrasse 17, 6005 Luzern LU; **Cattaneo Manuela**, Via Purasca, 6988 Ponte Tresa TI; **Gonseth Ruth**, Nationalrätin, Sonnhalde 3, 4410 Liestal BL; **Hollenstein Pia**, Nationalrätin, Rorschacherstrasse 189b, 9000 St. Gallen SG; **Holm Esther**, Kantonsrätin, Aubrigstrasse 14, 8810 Horgen ZH; **Meier Hans**, Nationalrat, Büelweg 1, 8192 Glatfelden ZH; **Misteli Marguerite**, Nationalrätin, Käppelihofstrasse 14, 4500 Solothurn SO; **Morin Guy**, Florastrasse 33, 4057 Basel BS; **Ostermann Roland**, Nationalrat, Vers-chez-les-Blanc, 1000 Lausanne 26 VD; **Piguet Christian**, Beaux-Arts 16, 2000 Neuchâtel NE; **Robert Leni**, Nationalrätin, Seminarstrasse 24, 3006 Bern; **Schmid Peter**, Nationalrat, Kawazen, 8536 Hiltwilien TG; **Schouwey Sylvia**, Rue St. Ours, 1926 Fully VS; **Theiler Luzius**, Luternauweg 8, 3006 Bern BE; **Thür Hanspeter**, Nationalrat, Oberholzstrasse 21, 5001 Aarau AG; **Thürig Andreas**, Zugerstrasse 64, 6330 Cham ZG.

Ganz oder teilweise ausgefüllte Bogen sofort einsenden an:

Grünes Initiativkomitee, Markusstrasse 20, 8006 Zürich

○ Bitte senden Sie mir Expl. Unterschriftenbogen an folgende Adresse



BAUERNOBACHT: DIE EG BIETET DIE MÖGLICHKEIT, VÖLLIG NEUE PRODUKTE AUF DEN MARKT ZU BRINGEN

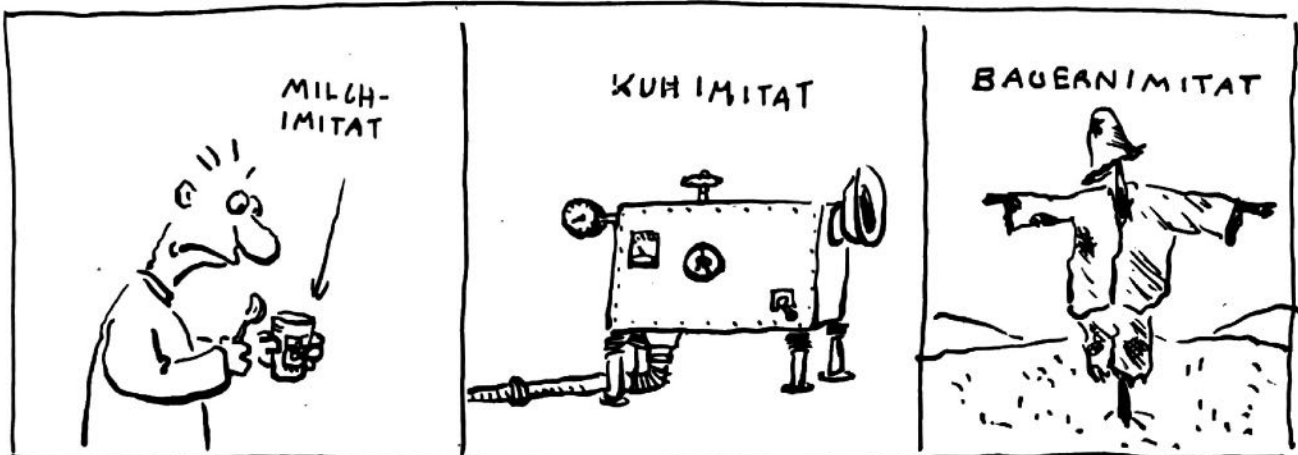


dem Beitritt sind die Preise der konventionell produzierten Nahrungsmittel um 30 - 50 % gesunken. Selbst wenn der Bio-Markt in Österreich einen 30 %-Anteil erreichte, was angesichts der Billigkonkurrenz eine sehr optimistische Hoffnung darstellt, reichte dies nicht aus, um die Produktion aller österreichischen Bio-Bauern abzusetzen. Exporte blieben nötig. Die Absatzchancen im Biobereich sind zwar kaum abschätzbar. 30 % Marktanteil in der ganzen EU sind gewiss übertrieben. Vielleicht ist ein solcher Prozentsatz in Ländern mit hohem Umweltbewusstsein wie der BRD, der Schweiz und Österreich erreichbar. Ein solcher Absatz ist aber auch dort nur möglich, wenn für Bioprodukte Preise bezahlt werden, die tiefer sind als die für konventionelle Produkte vor dem Beitritt. Deshalb ist es sehr fragwürdig, ob sich genügend Märkte erschliessen lassen, selbst wenn sich «Ökologie und Österreich» besser verkaufen als «Ökologie und Holland». Deshalb verschlechtern sich unter dem Strich die Absätze von Bio-Produkten durch den EU-Beitritt. Die Lage der Bauern verschlechtert sich aber auch durch die Tat-

sache, dass die vor dem Beitritt zugesagten Bauern-gelder langfristig nicht haltbar sind. Die österreichische Staatskasse ist leer, und das Umweltprogramm soll um 2 Mrd. Schillinge gekürzt werden. In der EU sind die Tendenzen bei Umweltprogrammen deutlich: die Länder dürfen selber definieren, was sie wollen - und müssen es dann auch selber bezahlen.» Für die Schweiz lässt sich aus diesen Erfahrungen und Einschätzungen die Schlussfolgerung ziehen, dass die Folgen eines Beitrittes für die Bio-Landwirtschaft wegen den höheren Preisunterschieden noch gravierender wären. Sepp Ornter stellt deshalb folgende Fragen an Hämmerle, auf die dieser leider bis Redaktionsschluss nicht antwortete: «Welche Preise sind in der Schweiz im Biobereich nach einem Beitritt zur EU erzielbar? Wie sind die finanziellen Zuwendungen der EU abgesichert? Ist die EU bereit, die zugesagten Gelder indexkorrigiert über 5-10 Jahre auszusahlen und übernimmt die Schweiz - einklag-

bar - die Garantie für diese Zahlungen? Ist es wirtschafts- und umweltpolitisch sinnvoll, die Grenzen für Billignahrungsmittel zu öffnen, dadurch den Warentransport anzukurbeln und auch noch Bioprodukte durch ganz Europa zu transportieren? Wie kommt man zur Einschätzung, dass 10-30% der EU-BürgerInnen Bio-produkte kaufen werden?

EG-REALITÄT



La politique agricole de l'UE et ses effets

la rédaction

La politique agricole de l'UE actuelle a pris naissance avec le soutien du secteur agricole après la deuxième guerre mondiale. A l'époque on voulait atteindre le plus vite possible l'autosuffisance dans le domaine des denrées alimentaires. Le but était l'approvisionnement de la population en produits de qualité à bas prix. Les traités de Rome de 1957, la fondation de la CEE en 1958 et les accords sur la politique agricole commune en 1962 s'accordaient sur ce but. La politique des denrées bon marché a causé de graves dégâts écologiques par l'introduction de méthodes de production industrielles (spécialisation, intensification et rationalisation). L'utilisation massive de la chimie (engrais, pesticides, fongicides) a détérioré la nappe phréatique. Le manque de diversité des cultures, les monocultures et l'utilisation de tracteurs et de machines lourds ont mené à la densification des terres et à l'érosion massive. La fabrication animale très spécialisée et produisant intensivement avec un taux élevé du rapport entre le nombre des animaux et la surface agricole a mené à l'utilisation accrue de médicaments à cause l'augmentation des maladies. Il faut finalement relever que l'agriculture industrielle a provoqué des changements importants du paysage - résultat d'une pratique agricole séculaire.

Depuis 1973 la production agricole dans l'UE a augmenté de 2% par année à cause du progrès technique et du progrès de l'élevage, tandis que la consommation de produits agricoles n'a augmenté que de 0,5% par année de 1973 à 1988 (Commission de l'UE, 1991). Dans presque tous les domaines on a produit des excédents massifs. L'essor de la politique agricole de l'UE continue cependant de se fonder sur l'article 39 des traités de Rome, qui statue qu'il faut augmenter la productivité de l'agriculture par le progrès technique, la rationalisation de la production agricole et l'utilisation optimale des facteurs de production.

Aux Etats-Unis on a commencé relativement tôt à supprimer les subventions à l'exportation. Celles-ci servaient à exporter la surproduction. On se rappelle peut-être les exportations légendaires vers l'URSS. On exportait cependant aussi dans le tiers monde. Dans les années 80, l'UE a commencé à concurrencer les Etats-Unis sur ces marchés, ce qui fut l'arrière-fond du débat agricole de l'Uruguay Round dans le cadre du GATT. Les Etats-Unis voulaient forcer l'UE à abandonner complètement les subventions à l'exportation pour avoir de nouveau accès à ces marchés.

Les coûts énormes de la politique agricole communautaire ont mené en juin 1992 à des réformes importantes, qu'on appelle d'après le commissaire de l'agriculture de l'époque «plan Mac-Sharry». Comme les dépenses agricoles s'élevaient en 1991 à 60% du budget de l'UE (54 milliards de francs suisses), des coupes s'imposaient. En plus, l'UE craignait un échec des négociations de l'Uruguay Round. La mesure la plus importante fut la baisse de 33% du prix des céréales, de 15% du prix de la viande de boeuf et de 5% du prix du lait, cette dernière baisse accompagnée d'une diminution des quotas de 1% par année. Les achats d'intervention baisseront en 1997 de 900 000 t à 350 000 t, ce qui amènera une baisse des prix supplémentaire. Sous certaines conditions (abandon de terres, baisse du nombre de vaches, etc), on donnera des paiements complémentaires pour ces baisses massives de prix. On ne peut cependant considérer ces mesures comme des pas dans la direction d'une agriculture plus écologique comme le font souvent les partisans de cette politique. Sur les terres abandonnées on ne peut plus cultiver pour l'alimentation humaine. On peut cependant faire pousser des matières premières selon des méthodes très intensives. Pour la production de telles matières premières il n'y aura plus de limite pour l'utilisation de substances chimiques, puisque ces produits agricoles ne seront pas utilisés dans l'alimentation mais dans l'industrie.

Comparaison de la production biologique entre l'UE et la Suisse

Si l'on compare la directive de l'UE sur l'agriculture bio-



«Des possibilités de pâturer librement?» «Super!»
«Du contact social?» «Merde!» (Die Bergbauern 5/95)



logique avec les exigences du «bouton» en Suisse, on peut constater que ces dernières sont beaucoup plus sévères. Cela est même valable pour les directives biologiques de la Migros qui ont été reconnues par la Confédération. Une différence importante réside dans le fait que l'UE n'exige pas qu'une ferme doive produire biologiquement sur toutes ses terres pour pouvoir vendre des produits avec le label «biologique». Sans cette exigence, le contrôle devient cependant pratiquement impossible.

Il y a des gens comme le conseiller national socialiste et agriculteur biologique Andrea Hämmerle qui préconisent une conversion biologique de toute l'agriculture suisse. L'adhésion de la Suisse à l'UE ouvrirait les marchés nécessaires pour l'écoulement de ces produits de haute qualité. Il estime que le marché biologique communautaire s'élève à 10% - 30% du marché agricole de l'UE. L'Association autrichienne des Paysans de montagne s'oppose à une telle vision. En Autriche il y a aujourd'hui 23'000 paysans biologiques (15% des paysans), plus que l'ensemble des paysans biologiques dans le reste de l'UE (17'000). Malgré ce fait, l'Autriche doit lutter contre une baisse massive des prix depuis l'adhésion du pays à l'UE. Le prix du lait biologique est plus bas que le prix du lait normal avant l'adhésion.

A part le fromage, la Suisse n'a pas de produits agricoles propres à l'exportation. Il y a naturellement des fermes qui trouveront des débouchés, surtout si le producteur a de bons contacts comme par exemple le politicien Hämmerle. Selon le président de la direction de Tonilait, les chances pour l'exportation de produits laitiers sont très faibles. Certaines spé-

cialités comme la tête de moine s'écoulent facilement. Les pays étrangers sont cependant intéressés à acheter des licences, le «know-how» pour fabriquer eux-mêmes ces produits. En Suisse les conditions topographiques et salariales sont beaucoup plus mauvaises que dans la majorité des autres pays de l'UE. C'est pourquoi les paysans suisses ne seront pas compétitifs - ni dans le secteur traditionnel ni dans le secteur biologique.

Pour les paysans suisses, l'adhésion à l'UE apporterait une chute des prix encore plus importante que pour les paysans autrichiens. Même si dans quelques années les prix agricoles en Suisse auront baissé presque jusqu'au niveau communautaire, il ne faut pas se faire d'illusions. En cas d'adhésion, la Suisse va être inondée de produits à bas prix. Celui qui d'un point de vue agricole opte pour l'adhésion de la Suisse à l'UE devrait pouvoir répondre aux questions suivantes: Qui peut assurer que les paiements directs de l'UE et de la Suisse seront garantis à long terme? La Suisse est-elle prête à attribuer ces moyens en se liant juridiquement dans ce sens même si l'UE ne veut plus verser de tels paiements? Quels seront les prix des produits biologiques après l'adhésion de la Suisse à l'UE? Est-il bon d'ouvrir les frontières à des denrées très bon marché, de favoriser par là le trafic routier? Est-il sensé de transporter des produits biologiques à travers toute l'Europe? Qui achètera les produits agricoles suisses? L'agriculture suisse a-t-elle un avenir?



« Du courant d'air là où vous allez dormir? Des possibilités de sortir? Du contact social? »

» C'est pour les bêtes, pas pour les clients!! »
(Der Bergbauer, 5/95)

Brüssel hebt Schweizer Käseglocke

Laut einer mit der EU ausgehandelten Vereinbarung, darf die Schweiz in die EU Käse zu vergünstigten Zöllen ausführen, sofern der Preis von Franken 8.- nicht unterschritten wird. Bisher hat die Käseunion, eine halbstaatliche Vermarktungsorganisation, Schweizer Käse zum vorgeschriebenen Mindestpreis von Fr. 8.- pro Kilo in EU-Länder verkauft. Doch bei diesem Preis hatte der Schweizer Käse auf dem Markt einen zu kleinen Absatz, weshalb die Käseunion den Abnehmern im EU-Ausland den Käse zwar zum obengenannten Preis fakturierte, in der Folge jedoch Rückerstattungen gewährte. Dadurch konnte vom Vorzugszoll profitiert werden und der Käse unter 8.- pro Kilogramm verkauft werden. Diese Praktiken wurden neulich von EU-Kontrolleuren unter die Lupe genommen. Zusätzlich ermittelt die Schweizer Bundesanwältin Carla Del Ponte wegen Veruntreuung und Urkundenfälschung. Weltwoche 35/31.8.95. axt.

Parlamentarische Gruppe für die Bergbevölkerung

Die parlamentarische Gruppe zur Wahrung der Interessen der Bergbevölkerung tritt einmal pro Session zusammen. Bei der letzten Zusammenkunft wurde festgestellt, dass Ende des Jahrhunderts ein Berg von Herausforderungen das schweizerische Berggebiet erwarte. Themen wie GATT/WTO, die Deregulierung der Landwirtschaft oder Engpässe in den öffentlichen Finanzen trafen die wirtschaftlich schwachen Regionen besonders stark. Eine effiziente Vertretung der Interessen der Berggebiete sei deshalb wichtiger denn je.

Anders als in Frankreich oder Italien habe sich der Alpenraum in der Schweiz bisher nicht entleert. Ob dies so bleibe, hänge von vielen Faktoren ab. „Wird der Leitgedanke einer dezentralen, minderheitenfreundlichen Schweiz wegen der Begeisterung für die Deregulierung stillschweigend begraben?“ Ängste weckt z.B. die Aufspaltung der PTT, bei der das kostenintensive „P“ von den gewinnträchtigen „TT“ getrennt werden soll, was wohl zu Schliessung von Post-

büros im Berggebiet führen wird. Gleichzeitig werden auch die Abstriche bei Bahnen und Postautos im Regionalverkehr bedauert.

Die parlamentarische Gruppe wies zudem darauf hin, dass die Unterstützungsgelder nicht auf Grund eines einheitlichen Musters an „die Gebirgskantone“ abgegeben werden können. Dazu seien die Kleinregionen viel zu unterschiedlich: Ferienzentren, Industrieorte und landwirtschaftlich geprägte Täler erforderten differenzierte Unterstützungsmassnahmen. TA, 21.9.95. axt.

Das grösste Fischereiabkommen der Welt

Die EU und Marokko streiten sich derzeit um die Fischerei in der 200-Meilen-Zone vor Marokkos Küsten. Beide Seiten anerkennen das Recht Marokkos auf diese 1977 wie überall auf der Welt von 12 auf 200 Meilen vergrösserte Wirtschaftszone. 1993 haben 700 spanische und portugiesische Boote 183'000 Tonnen Sardinen, Tintenfisch, Seehecht und Seezungen aus dem Wasser geholt - knapp die Hälfte des Fischfangs in dieser Zone. Seit dem 1. Mai - als das bisherige Abkommen zwischen der EU und Marokko auslief - sitzen die ca. 10'000 Fischer beschäftigungslos in ihren Häfen.

Marokko stellt der EU vor allem drei Bedingungen. Erstens sollen Spanier und Portugiesen in Zukunft viel weniger fangen dürfen als bisher: diese Reduktionen betragen 65 % beim ökonomisch besonders einträglichen Tintenfisch, 50 % beim Seehecht und Krabben, 30 % bei allen übrigen Arten. Zum zweiten müsse ein grösserer Teil des Fangs in Marokko verarbeitet werden. Und schliesslich sollen die EU-Fischerboote als Besatzung gut einen Drittel Marokkaner aufnehmen. Die EU hält diese Forderungen für völlig überzogen.

Wie schon beim kanadisch-spanischen „Heilbutt-Krieg“ fühlen sich die Spanier von der EU verschaukelt, obwohl letztere einen Grossteil der Erwerbsausfälle für die Fischer bezahlt.

Während Marokko in den vergangenen drei Jahren die Zahl der eigenen Tintenfisch-Trawler von 350 auf 280 und die der Krabbenfangboote von 54 auf 30 gesenkt hat, hat Spanien nichts

für die Reduzierung seiner Fischfangflotte vor Marokkos Küste getan. Die EU hat sich 1992 von Marokko für eine Umstrukturierung Zeit erbeten - Zeit, die ungenutzt verstrichen ist. Heute bezahlen die SteuerzahlerInnen via Brüssel, und die Fischer haben erst noch ein geringeres Einkommen als früher. Die Zeit, 6.10.95. axt.

EU-Agrarpolitik verfehlt fast sämtliche Ziele

Die Agrarpolitik der EU, ein komplexes System von Unterstützungen, verfehle fast sämtliche vorgegebenen Ziele und müsse radikal verändert werden. So die britische Regierung an einer Pressekonferenz am 26. Juli 95.

Der britische Agrarminister forderte die Abschaffung des aktuellen Systems von Preisstützungen, Exportsubventionen und Angebotskontrollen. Der Systemwechsel solle die EU-Landwirtschaft befähigen, die Herausforderung durch die Osterweiterung anzunehmen, GATT-konform und allgemein wettbewerbsfähiger zu werden. Insbesondere solle vermehrt marktorientiert produziert werden.

Die Haltung des EU-Agrarministers Franz Fischler, Österreich, steht zu dieser Position quer. Er betonte kürzlich, die EU-Agrarpolitik müsse sich entwickeln, grössere Änderungen seien aber nicht zu erwarten.

Die sich ungewohnt sozial und ökologisch gebenden Briten befürchten, die Produktion werde ohne Rücksicht auf die sozialen und ökologischen Folgen gefördert. Die Landwirtschaft solle mit Hilfe neuer Beihilfen auf den Unterhalt der Landschaft und den Schutz der Natur ausgerichtet werden. Vor allem aber sollten die Mitgliedstaaten diese neuen Beihilfen zumindest teilweise selber bezahlen. Die EU-Landwirtschaftspolitik laufe sonst Gefahr, den GATT-Regelungen zuwiderzulaufen. Financial Times, 27.7.95. axt.



Das Elend der europäischen Agrarpolitik

Elmar Rieger beschreibt aus soziologischer Sicht den Werdegang der EU-Agrarpolitik. Dabei beleuchtet er vor allem auch die entsprechenden Machtverhältnisse und Entscheidungsstrukturen. Das Buch bietet einen Überblick zur Agrarpolitik, ohne einseitig Partei für die Bauern zu nehmen. Vielmehr wird gezeigt, wie die Agrarpolitik und die Landwirtschaft in ein gesellschaftliches, politisches und wirtschaftliches Umfeld eingebettet sind und wie sie dadurch bestimmt werden.

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) diente ursprünglich der Sicherung der Versorgung mit Nahrungsmitteln. Gleichzeitig konnte der westeuropäische Markt gegen die nordamerikanische Konkurrenz abgeschottet werden. Das GATT-Abkommen gab dieser Abschottung, die gesellschafts- und sozialpolitisch motiviert war, eine dauerhafte und legitime Form. Soweit können der GAP gewisse positive Aspekte nicht abgesprochen werden. Kritisch wertet der Autor dann aber fast alles weitere: Landwirtschaftliche Verbände und die Vertreter von Verwertungsindustrien wuchsen in die Rolle von Gesprächspartnern mit der EU hinein und vertraten dabei die je eigenen Interessen. Diese Strukturen blieben weitgehend ausserhalb demokratischer Kontrollen. Dadurch wurde auch eine dauerhafte, politische Ausrichtung an jenen Problemen, die den Kern der Landwirtschaft berühren, nämlich die wirtschaftliche und soziale Sicherheit der dort arbeitenden Bevölkerung, erschwert.

Die Bauern können die Zahlungen der EU nicht einklagen und müssen mit Unsicherheiten leben, die diejenigen der Wetterverhältnisse bei weitem übertreffen. Die Genossenschaften, welche die Marktmacht der Bauern steigerten, haben sich verselbstständigt und wirken heute selber als Marktkräfte auf die Bauern zurück.

Die Arbeitsteilung zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten sieht so aus, dass erstere die Preispolitik - in Form

von zentralisierten Marktordnungen - und letztere die Struktur-, Steuer- und Sozialpolitik bestimmen. Dabei gilt es aber zu beachten, dass die EU weniger einen eigenständigen Machtfaktor gegenüber den Mitgliedstaaten darstellt, als vielmehr ein Machtmittel in der Hand der Staaten und der Interessenverbände ist (S. 67).

Eine Lösung der anstehenden Probleme bestünde darin, nicht mehr mit einer Maximallösung allen Lieferanten eines Produktes soviel zu bezahlen, dass auch noch die Schwächsten überleben können. Dadurch werden diejenigen Betriebe unterstützt, die grösser als der Durchschnitt sind. Wer viel hat, dem wird gegeben. Der Bauer maximiert sein Einkommen durch Mehrproduktion, was zu den bekannten Überproduktionsproblemen führt. Das ganze System hat sich schon fast verselbstständigt. Eine Lösung würde die Ausformulierung einer klaren Agrarpolitik mit offengelegten Zielen erfordern. axt.

E. Rieger, Bauernopfer. Das Elend der europäischen Agrarpolitik, Campus, Frankfurt, September 1995.



Die Situation der Frau in ländlichen Gebieten

Erstaunen löste die Studie über „Frauen in der ländlichen Wirtschaft“, die vom EG-Referat für Chancengleichheit der GD V finanziert wurde, nicht aus. Der wirtschaftliche Beitrag der Frauen ist gross und ihre finanzielle und soziale Situation schlecht. Gegenüber den Frauen in den städtischen Gebieten sind die Frauen auf dem Lande nochmals benachteiligt: schlechtere Infrastrukturen (Kinderhütendienste, Nahverkehrsmittel), zu wenig Arbeitsplätze, ungleiche Verteilung der häuslichen und familiären Aufgaben sowie benachteiligende kulturelle Einstellungen. Die Beschäftigungsquoten der Frauen sind auf dem Lande bedeutend tiefer - ohne dass sie deshalb weniger arbeiten würden.

Ob die Forderungen im Schlussteil auch umgesetzt werden, wird sich zeigen. Angesichts des Geldmangels und

der inkohärenten Frauenpolitik (siehe EM 3/95, Schunter-Kleemann) in der EU besteht allerdings wenig Hoffnung auf die Umsetzung der Forderung.

Die Länderübersichten zeigen, wieviel Datenerhebungsarbeit geleistet wird. Davon könnte die Schweiz viel lernen, sind genaue Daten doch Voraussetzung für politische Forderungen. Die Schweiz ist bekannt als „statistisches Entwicklungsland“. „Grünes Europa“ ist eine Publikationsreihe der EU-Kommission zum Bereich 'Landwirtschaft'. axt.

Grünes Europa, 1/94, EU-Kommission, Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU, L-2985 Luxembourg. Katalognummer: CC-AK-94-001-DE-C.



Landwirtschaft 95 - Der Kritische Agrarbericht

Per Gesetz ist die Regierung der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, jedes Jahr ihren Agrarbericht zur Lage der Landwirtschaft zu veröffentlichen. Für das Agrarbündnis, einen Zusammenschluss von derzeit 22 parteiunabhängigen Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt-, Natur- und Tierschutz, Verbraucher- und Entwicklungspolitik mit insgesamt mehr als einer Millionen Einzelmitgliedern, stellte sich das Problem, ob der Bericht den realen Zustand der deutschen Landwirtschaft angemessen beschreibt oder ob das statistische Mammutwerk nicht gerade die eigentlichen Probleme verdeckt. Für das Agrarbündnis ergab sich die Notwendigkeit, einen eigenen, ganz anderen Agrarbericht zu erstellen, um selbst Bilanz zu ziehen, um neue und andere Schwerpunkte zu setzen. Seit 1993 wird nun jährlich mit grossem Erfolg der Kritische Agrarbericht herausgegeben. Von über 50 Autorinnen und Autoren werden regelmässig Daten und Hintergründe aus allen Bereichen der Landwirtschaft zusammengetragen, es wird diskutiert, Positionen, Ziele und Forderungen der Agraropposition werden deutlich gemacht.

Folgende Themen werden im Kritischen Agrarbericht 1995 aufgegriffen:

Folgen der EG-Agrarreform und des GATT, die Erweiterung der Europäischen Union, «Grüner Arbeitsmarkt», Diskussion nach dem Umwelt- und Entwicklungsgipfel (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro, Europäische Regionalpolitik, artgerechter Tierhaltung, Stadt-Land-Partnerschaften, Patentierung von Lebewesen und Bioethik.

Die Kritischen Agrarberichte 1993 bis 1995 fügen neueste Informationen in grundsätzliche Debatten ein und sind so gleichzeitig kritisch aktuelle Jahrbücher zur Lage der Landwirtschaft wie auch unverzichtbare, zeitlose Nachschlagwerke, welche die Entwicklung der Debatte um eine zukunftsorientierte, ökologisch- und sozialverträgliche Landwirtschaftsentwicklung aus der Sicht des AgrarBündnis dokumentieren. Der Kritische Agrarbericht 1996 wird im Januar 1996 mit dem Schwerpunkt «Welternährungssicherung» erscheinen. Susanne Korte.

Der Kritische Agrarbericht 1995 kostet DM 29,80 (zuzügl. DM 4,- Porto und Verpackung) und ist zu beziehen bei: ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Marienfelder Str. 14, D-33378 Rheda-Wiedenbrück. Die Kritischen Agrarberichte 1993, 1994 und 1995 sind auch im Buchhandel erhältlich:

Zeit-Frass

Die Zeitschrift „Politische Ökologie“ (Sonderheft 8) ist der „Ökologie der Zeit in der Landwirtschaft und Ernährung“ gewidmet. Es wird beschrieben, wie die Landwirtschaft von den Zeitmassen und Rhythmen des Naturhaushalts so weit als möglich unabhängig gemacht werden soll.

Ob beim Füttern oder Anpflanzen, Züchten oder Ernten, Verpacken oder Verarbeiten, immer wird versucht, Zeit zu sparen. Anstatt über Generationen hinweg Verbesserungen herauszuzüchten, wird mittels Gentechnologie manipuliert. Gesät und geerntet wird möglichst grossflächig mit schweren Maschinen. Der Maxime des Zeitsparens entsprechend wird auch gekocht und gegessen: möglichst schnell dank Imbissstand, Mikrowellenofen, Fertigprodukten usw.

Das Sonderheft beschreibt die Aus-

wirkungen der dadurch bedingten Produktionsweisen auf die Umwelt und unsere Nahrung und will Impuls und Anregungen für eine neue, ökosoziale Zeitkultur geben, die Agrar- und Ess-Kultur als zwei Seiten einer Medaille erkennen lässt. Eine ideal ergänzende Lektüre zu unserem Dossier „Landwirtschaft“. axt.

Politische Ökologie, Sonderheft 8, Bestelladresse: ökom, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, fax 0049-5441-8499.



Osteuropa im Umbruch

Ein Buch über die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen

von 1989 bis 1993. Jakob Juchler bietet einen kritischen Überblick zur Entwicklung des Weltsystems, der Situation in Osteuropa und der Osteuropa-Hilfe. Wie Huffs Schmid (siehe Buchbesprechungen, EM 4/95) kommt er zum Schluss, dass es mit der Osteuropapolitik nicht zum besten steht. Einerseits findet ein Nettokapitalfluss aus Ost nach Westeuropa statt, andererseits schottet insbesondere die EU ihre Grenzen für Menschen und konkurrenzfähige Produkte aus der Stahlproduktion und der Landwirtschaft ab. Die gesprochenen Kredite werden nicht oder kaum ausgeschöpft. Osteuropa interessiert als Standort mit tiefen Löhnen und als Markt. Als Konkurrent, insbesondere im Binnenmarkt der EU, werden diese Länder nach Möglichkeit vom Markt ausgeschlossen. Werdet demokratisch nach unserem Vorbilde, öffnet eure Märkte und bietet billige qualifizierte Arbeitskräfte an, lautet die Forderung an Osteuropa. Zwar wurde den osteuropäischen Staaten der EU-Beitritt zugesagt, doch weder der Zeitpunkt, noch die Bedingungen wurden festgesetzt. «Der Westen hat bisher vor allem mit grosszügigen Hilfeversprechen brilliert.» (S.70).

Der erste Teil des Buches ist eher allgemein gehalten, während der zweite Teil Fallstudien zu Polen und der Tschechoslowakei liefert. Leider hat es der

Autor unterlassen, im ersten Teil die Fülle an Material und Zahlen nach Land zu gruppieren. Ohne Tabellen werden einem z.B. die Resultate von politischen Meinungsumfragen in mehreren Ländern und aus verschiedenen Jahren geboten, was die Texte stellenweise an die Grenze der Lesbarkeit bringt. Ansonsten handelt es sich um eine lesenswerte Lektüre, die einem die sonst wenig bekannte Realität der östlichen Hälfte Europas in allgemeinverständlicher Sprache näher bringt. Gleichzeitig wird deutlich, dass die EU nicht die Lösung der Probleme Osteuropas sein kann. Zu sehr sind die osteuropäischen Strukturen auch mit Westasien verflochten, was internationale Integrationslösungen verlangt. «Internationale Lösungen» dürfen aber nicht vor dem Ural Halt machen - genauso wenig wie am Mittelmeer oder südlich der Sahara. axt.

Freihandelszone am Mittelmeer?

Ende November treffen sich in Barcelona VertreterInnen der EU-Länder und zwölf weitere Mittelmeeranrainerstaaten. Mangels Verständigung über eine gemeinsame Aussenpolitik fällt den EU-Staaten in ihren Entwürfen für ein zukünftiges Engagement am Mittelmeer ausser einer Freihandelszone für den gesamten Mittelmeerraum zu schaffen. Angesichts der krisenhaften und instabilen Situation in den meisten Anliegerstaaten am südlichen und östlichen Mittelmeer erscheint es allerdings fraglich, ob eine EU-Politik, die sich auf Wirtschaftsmassnahmen beschränkt, zur inneren Stabilität der Region beitragen kann. Was fehlt, sind Konzepte und Strategien für die armen Völker an der Schwelle Europas. «Die EU-Länder wären gut beraten, nicht nachträglich einer überholten Philosophie anzuhängen, die blindlings den Kräften des Marktes vertraut.» So der Schlusssatz von Gérard Kéhabdjian, Professor für Volkswirtschaft an der Universität Paris VIII, Autor von «L'Economie mondiale, enjeux nouveaux, nouvelles théories», Le Seuil, Paris 1994.

Le Monde Diplomatique (deutsch) Nov. 95, c/o WoZ, Postfach 8031 Zürich, Jahresabo Fr. 72.-.



Demokratieverluste bedeutender als Schindlerstudie zu zeigen versucht

EU-Mitgliedschaft und direkte Demokratie

Obwohl wir in der letzten Nummer des EUROPA-MAGAZINS bereits die Thematik «EU und direkte Demokratie» eingehend behandelten, lohnt es sich darauf zurückzukommen, da seither in der Presse eine Untersuchung von Herr Professor Schindler besprochen wurde, die vom Integrationsbüro in Auftrag gegeben worden war. Oft wurde aus dieser Untersuchung geschlossen, dass die demokratiepolitischen Auswirkungen einer EU-Mitgliedschaft geringer seien, als dies im allgemeinen angenommen werde. Ein solcher Schluss aus der Schindler-Studie würde jedoch methodisch fragwürdig sein.

von Paul Ruppen

Professor Schindler analysierte die in den letzten fünf Jahren dem obligatorischen sowie dem fakultativen Referendum unterstellten Vorlagen und die in diesem Zeitraum zur Abstimmung gelangten Volksinitiativen. Er kommt dabei zum Befund, dass 60% der Bundes- und 90 % der kantonalen Vorlagen vom EU-Recht nicht berührt gewesen wären. Von den 243 zwischen 1990 und 1994 auf Bundesebene dem fakultativen Referendum unterstellten Erlassen wurden 26 (10,7%) vollständig, 64 (26,3%) teilweise und 153 (63%) nicht vom EU-Recht erfasst. Von den 40 zwischen 1990 und 1994 im Bund dem obligatorischen Referendum unterstellten Erlasse und Volksinitiativen wurden vom EU-Recht 3 (7,5%) vollständig, 14 (35%) teilweise und 23 (57,7%) nicht vom EU-Recht erfasst. Auf kantonaler Ebene wurde der Kanton Zürich untersucht: Von den 73 zwischen 1990 und 1994 im Kanton Zürich der Volksabstimmung unterstellten Erlasse und Volksinitiativen wurden eine (1,36%) vollum-

fänglich, 6 (8,2%) teilweise und 66 (90%) nicht vom EU-Recht erfasst.

Aus diesen Zahlen darf allerdings nicht der Schluss gezogen werden, die Einschränkung der Volksrechte durch einen EU-Beitritt «seien geringer, als im allgemeinen angenommen wird» (NZZ, 11.10.95). So macht es etwa wenig Sinn, Vorlagen zu zählen, ohne das Gewicht dieser Vorlagen zu bestimmen. Darauf weist zwar auch Herr Schindler hin - ohne sich jedoch von der Behauptung abbringen zu lassen, die Auswirkungen einer EU-Mitgliedschaft auf die direkte Demokratie seien geringer sind, als meist angenommen (S. 4, CH-Euro, 1995/IV). Das Gewicht von Vorlagen kann allerdings nicht allgemeingültig bestimmt werden, da je nach Interessen und Werten die einzelnen Bürgerinnen und Bürger diese unterschiedliche gewichten werden.

Zudem wird durch die Zahlen von Herrn Schindler keineswegs der Kompetenzverlust des Volkes im Falle eines EU-Beitritts ausgedrückt. In den letzten 5 Jahren wurden ja nicht alle Belange diskutiert, die der Volksabstimmung unterliegen könnten. Bei der Beitrittsdiskussion ist der gesamte Kompetenzverlust von Bedeutung, nicht die Anzahl der Vorlagen, die in den letzten 5 Jahren zufälligerweise von der EU-Gesetzgebung betroffen gewesen wären. Somit dürfte der von Schindler aufgezeigte Demokratieverlust nur die sprichwörtliche Spitze des Eisberges ausmachen. Zusammenfassend kann bemerkt werden, dass Herr Schindlers Vorgehen methodisch unsorgfältig ist. Eine Studie, die den Kompetenzverlust durch den EU-Beitritt seriös abklärt, gibt es leider in der Schweiz immer noch nicht. Eine solche müsste Demokratieverlust nicht zu messen versuchen, sondern an konkreten Beispielen umfassend und bereichsweise zeigen, welche Entscheidungen nach einem Beitritt noch möglich sind und welche nicht.

Konkrete Beispiele

Vom EU-Recht vollumfänglich erfasst und daher keine Volksabstimmung mehr möglich: Volksinitiative «für ein naturnahes Bauern - gegen Tierfabriken, Kleinbauern-Initiative» (4.6.89); Revision von Art. 23bis Abs. 2 und 4 (Aufhebung der Verbilligung von inländischen Brotgetreide aus Zolleinnahmen) (25.9.94); neuer Verfassungsartikel über die Landwirtschaft (Art. 31bis Abs.3 BV) (12.3.1995); Bundesbeschluss über die inländische Zuckerwirtschaft (Zuckerbeschluss); Bundesbeschluss über den Rebbaubau (1.4.90); Zolltarifgesetz; Milchbeschluss; Milchwirtschaftsbeschluss (12.3.95); Landwirtschaftsgesetz (12.3.95).

Vom EU-Recht teilweise erfasst und somit nur teilweise der Volksabstimmung unterbreitbar: Bundesbeschluss über die Finanzordnung (Art. 41bis BV) (Mehrwertsteuer) (28.11.93); neuer Art. 36quater BV (Einführung einer leistungs- und verbrauchsabhängigen Schwerverkehrsabgabe) (20.2.94); neuer Art. 36quinqvis BV (Autobahnvignette) (20.2.95); neuer Art. 17 Abs. 5 und Art. 21 der Uebergangsbestimmungen der BV (Weiterführung der Schwerverkehrsabgabe) (20.2.95); Alpeninitiative (Art. 36sexies BV) (20.2.95); Arbeitslosenversicherungsgesetz; Bundesbeschluss über Massnahmen zur Entlastung der Exportrisikogarantie; Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung; die 27 «Swisslex»-Erlasse.

Eine aufmerksame Lektüre dieses Katalogs wirft ein erhellendes Licht auf die Glaubwürdigkeit von SP-Agrarpolitikern und grünen EU-Beitrittsbefürwortern.

ATOMGEFAHR

Die EU mischt mit

Im Juni 1995 kündigte die NAGRA an, dass sie zusammen mit ihrer spanischen Schwesterorganisation im Felslabor Grimsel einen Grossversuch zur Einlagerungstechnik von Behältern mit hochradioaktiven Abfällen durchführen wird. Mit dabei ist die EU. Sie unterstützt das sechs Jahre dauernde Experiment mit rund 3 Millionen Ecu (4,8 Millionen sFr). Walliser Bote. 19.10.95.pr.

GEWERKSCHAFTEN

Die Thomas Schmidheiny gehörende Holderbank Holding, die im Baubereich in 35 Ländern operiert, wird gemäss der EU-Richtlinie EU-Betriebsräte einführen. Damit wird in den betroffenen Betrieben das Recht auf Unterrichtung und Anhörung der ArbeitnehmerInnen gestärkt. Für EFBH-Generalsekretär (Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter) Jan Cremers haben die Debatten um die EU-Betriebsräte positive Effekte, obwohl man von einer Mitbestimmung noch meilenweit entfernt sei. In vielen Ländern hätte die Einrichtung von Betriebsräten den Anstoss gegeben, die Betriebe besser zu betreuen. Bei Holderbank liege jetzt dank der Räte ein Vergleich der Arbeitsbedingungen in den verschiedenen EU-Ländern vor. Die EFBH führte 1994 - von der EU finanziert - 50 Sitzungen und Tagungen durch. WoZ 13.10.95. axt.

WIRTSCHAFT

Zweckoptimistische EU-Kommission

Optimismus bei der EU-Kommission, die bis gegen Ende des Jahrzehnts eine Arbeitslosenquote von 5 % in Aussicht stellt. Derzeit liegt diese Quote aber noch bei 10,6 %. Ein Prozentpunkt entspricht 1,7 Mio. Personen. Erreicht soll dieses Ziel über ein Wirtschaftswachstum von 3 - 3,5 % pro Jahr. Zudem sollen strukturelle arbeitsmarktpolitische Massnahmen der Mitgliedstaaten einen Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit leisten.

Für die Erfüllung der Prognosen der EU-Kommission müssten pro Jahr 10 Mio. Stellen geschaffen werden. Als

Mittel dazu werden befürwortet: Investitionen in die Berufsausbildung und in Trainingsprogramme. Zudem soll dem Wachstum der Lohnkosten und damit dem Prozess, der die Schaffung von Arbeitsplätzen verhindert, Einhalt geboten werden. NZZ, 12.10.95. axt.

Währungsunion - ein «ökonomisches Ungeheuer»?

Bernard Conolly, Leiter der Abteilung, die sich mit der Aufsicht über das EU-Währungssystem (EWS) befasst, veröffentlichte ein Buch mit dem Titel: «The Rotten Heart of Europa: The dirty War for Europe's Money». Darin stellt Conolly, der an den betreffenden Sitzungen der Kommission dabei war, die geplante Währungsunion als Teufelswerk dar.

Die Währungsunion dient laut Conolly, einem erklärten Thatcher-Anhänger, den Ländern Deutschland und Frankreich lediglich dazu, ihre nationalen Interessen durchzusetzen, zum Schaden der übrigen Länder. Sowohl das EWS wie die Währungsunion würden in Europa grosse finanzielle Verluste verursachen. Conolly plädiert entschieden für eine autonome, auf die einzelstaatliche Wirtschaft zugeschnittene Geldpolitik. In seinem Werk ist detailliert nachzulesen, wie die Deutsche Bundesbank und die französische Zentralbank dazu beitrugen, das britische Pfund im Herbst 1992 aus dem EWS herausfallen zu lassen. Ein Ereignis, das schliesslich zum Sturz von Margaret Thatcher, der scharfen Gegnerin der Währungsunion, geführt habe.

Conolly behauptet, nur die Interessen Deutschlands und Frankreichs seien bei der Durchsetzung der Währungsunion wahrgenommen worden. Er warnte zudem davor, die Währungsunion könnte in Europa zum Krieg führen. Die Einheitswährung würde nämlich zum offenen Kampf Frankreichs gegen Deutschland um die Kontrolle der EU führen. TA, 5.9.95. axt.

Strapazierte Statistik

Im Januar 1995 wurde auf Grund der Zahlen der Schweizerischen Nationalbank, die 1993 erstmals seit dem Bestehen der Statistik (1984) eine Desinvestition zeigten, von zahlreichen Medien

und verschiedenen Exponenten aus Politik und Wirtschaft behauptet, hier liege eine Auswirkung des EWR-Neins vor. Dabei wurde übersehen, dass die ausländischen Direktinvestitionen in der Schweiz zwischen 1990 und 1992 - also vor der EWR-Abstimmung - massiv, 1993 dagegen wesentlich weniger deutlich zurückgingen und dass zwar 1993 die schweizerischen Direktinvestitionen im Ausland stark zunahmen, dass sie aber ausgerechnet im EU-Raum drastisch zurückgingen. «Das hätte eigentlich davor warnen sollen, die SNB-Zahlen zu malträtieren und als europapolitische Munition zu missbrauchen», schreibt die NZZ. Die Angaben für 1994 unterstreichen nun mit aller Deutlichkeit, dass von den EU-Phorikern im Februar unsorgfältig vorgegangen wurde. Mit 4 Mrd. Fr. lagen die Direktinvestitionen in der Schweiz aus dem Ausland im letzten Jahr nämlich massiv über den Werten der beiden Vorjahre und sie übertreffen - mit Ausnahme von 1990 - alle anderen bisherigen Resultate. NZZ. 24. 8. 1995. pr.

Veraltete Konvergenzkriterien

Die Londoner Ökonomen der Schweizerischen Bankgesellschaft unterzogen die Maastrichter Konvergenzkriterien, die sich weitgehend auf Preisstabilität unter Auslassung anderer Ziele konzentrieren, einer kritischen Beurteilung. Da die Weltwirtschaft immer enger integriert sei und die Konkurrenz durch effiziente asiatische und lateinamerikanische Länder immer heftiger werde, sei das zentrale wirtschaftspolitische Problem nicht mehr in der Bekämpfung von Inflation (und Budgetdefiziten), sondern in der Sicherstellung von Wachstum und Beschäftigung zu sehen. Die Bemühungen der EU-Länder, die Konvergenzkriterien so gut als möglich zu erfüllen, hätten zu einer kompetitiven Deflation geführt, deren Folge eine Verschärfung der letzten zyklischen Rezession und der periodisch wiederkehrenden Währungsfriktionen gewesen ist. Sie hätten hat aber auch dazu beigetragen, den anschliessenden Konjunkturaufschwung zu bremsen, indem in den westeuropäischen Ländern die Inlandnachfrage geschwächt wurde. NZZ. 9.10.95.pr.



Verstärkte Abwanderung deutscher Unternehmen.

Die deutschen Unternehmen haben nach einer Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft die Produktionsverlagerung ins kostengünstigere Ausland verstärkt. Im ersten Halbjahr 1995 hätten deutsche Firmen fast 27 Mrd. DM im Ausland investiert, mehr als im Gesamtjahr 1994, hiess in der Studie des Instituts. NZZ, 3.10.95. pr.

Gründe für die Arbeitslosigkeit

Die Konjunkturforschungsstelle an der ETH verweist, um das erneute Zurückbleiben des schweizerischen gesamtwirtschaftlichen Expansionstemplos hinter den mittleren Wachstumsraten der OECD-Länder zu erklären, auf folgende Faktoren: die massive Frankenaufwertung, die einkommensschmälernde Einführung der Mehrwertsteuer, die verstärkte staatliche Abschöpfung der privaten Haushaltseinkommen sowie die Sparbemühungen der öffentlichen Hand. NZZ, 5.10.95. pr.

Konkurrenz und Arbeitsplätze

Bei einer Umfrage bei EU-Betrieben wurde der Frage nachgegangen, wieso von EU-Firmen trotz des Konjunkturaufschwungs nicht mehr Arbeitsplätze geschaffen wurden. Unter den zehn Gründen für das Zögern der Firmen, Neueinstellungen vorzunehmen wurde an erster Stelle ungenügende Gewinnmargen genannt. Diese seien auf die harte in- und ausländische Konkurrenz zurückzuführen. Die EU-Kommission vermutet, dass der in den letzten Jahren intensivierte Wettbewerb im Zusammenhang mit der Schaffung des Binnenmarktes gesehen werden muss. NZZ, 7.10.95. pr.

VERSCHIEDENES

Mercosur und die EU

Mercosur ist ein Freihandelsabkommen zwischen Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Derzeit laufen Verhandlungen mit der EU über eine wechselseitige Liberalisierung des Handelsaustausches. Der entsprechende Vertrag soll im Dezember dieses Jahres unterschriftsreif sein.

Mercosur und die EU würden bei Er-

folg der Verhandlungen die weltweit grösste Freihandelszone mit 567 Millionen Menschen und einem gemeinsamen Bruttoinlandprodukt von 9 Billionen Franken bilden. Die Nordamerikanische Freihandelszone NAFTA (USA, Mexiko, Kanada) erwirtschaftet mit 378 Millionen Menschen ein Bruttoinlandprodukt von 8,6 Billionen Franken. 28 % aller Exporte des Mercosur gehen in die EU, während die Mercosur-Staaten nur 3 % aller EU-Exporte aufnehmen.

Vom neuen freien Markt mit 567 Mio. KonsumentenInnen erhoffen sich die Mercosur-Staaten eine Linderung ihres grössten Problems: der Arbeitslosigkeit. TA, 7.8.95. axt.

Bayern erhält direkte Demokratie auf Kommunalebene

Ab 1. November werden Bayerns BürgerInnen nicht nur auf Landesebene BürgerInnenbegehren lancieren und an Volksabstimmungen teilnehmen können, sondern auch auf Gemeindeebene. Mit der landesweiten Abstimmung über die Einführung von mehr direkter Demokratie auf Gemeindeebene hatte erstmals seit 1946 eine Volksinitiative auf Landesebene Erfolg - gegen den Widerstand der CSU und etlicher SPD-BürgermeisterInnen.

Künftig können Bayerns BürgerInnen in Angelegenheiten ihrer Wohngemeinde oder ihres Landkreises direktdemokratische Mitsprache üben. Unterschreiben müssen das Begehren je nach Grösse der Gemeinde zwischen drei und zehn Prozent der Stimmberechtigten. Bei der Abstimmung gibt das einfache Mehr den Ausschlag. Während dreier Jahre kann ein Volksentscheid nur durch einen erneuten Volksentscheid geändert werden. TA 3.10.95. axt.

Sondermüll

Die Industriestaaten dürfen ab 1998 keine Sonderabfälle mehr in Entwicklungsländer exportieren. Die 91 Signaturstaaten der Basler Konvention haben in Genf einen Zusatz zur Konvention verabschiedet, der ein Verbot des Exports von Sonderabfällen aus OECD-Staaten in Länder der Dritten Welt sowohl zur Entsorgung als auch zur Wiederaufbereitung vorsieht. NZZ, 26.9.95. pr.

Alpeninitiative respektiert

Während die Verkehrskommission Schmidhalters Vorstoss gegen die Alpeninitiative noch mit 10:10 Stimmen unterstützte, wagten es nur 32 NationalräteInnen drei Wochen vor den Wahlen der parlamentarischen Initiative zuzustimmen. Diese verlangte die Aufweichung des 1994 vom Volk genehmigten Verfassungsartikel (TA 3.10.95). Es bleibt zu hoffen, dass Moritz Leuenberger die Alpeninitiative als neuer Verkehrsminister so zügig umsetzt wie im Kanton Zürich die Zwangsmassnahmen gegen AusländerInnen. axt.

Triumph der EU-Kritiker in Schweden

Bei den EU-Parlamentswahlen in Schweden (Sept. 95) feierten die rot-grünen EU-Skeptiker einen grossen Erfolg. Die Grünen eroberten 17,2% der Stimmen (bei den Reichstagswahlen 5%), die Linksozialistische Partei 12,9% (6,1% im schwedischen Parlament). Die Resultate sind auf die ernüchternde Bilanz der EU-Mitgliedschaft zurückzuführen. In der Kampagne wurde von den Beitrittsbefürwortern immer wieder darauf hingewiesen, dass Schweden in der EU für ein soziales und ökologisches «Europa» eintreten könne. Einerseits haben die Schweden merken müssen, dass die Sozialdemokratie den EU-Beitritt vor allem deshalb angestrebt hatte, um dem Land nachher eine strenge Austeritätspolitik zu verordnen. Ökologische Vorstösse in der EU waren zudem völlig erfolglos und trafen zum Teil auf harsche Ablehnung der Kommission. Da wollte zum Beispiel die Umweltministerin Anna Lindh im März das Thema Giftmüllexporte in die Dritte Welt erörtern und zusammen mit den dänischen und finnischen Amtskollegen die Auflagen der Basler Konvention durch ein ausdrückliches Export-Verbot ersetzen. Als das entsprechende Dokument das zuständige Brüsseler Sekretariat erreichte, meldete sich der Chef der EU-Kommission, Jacques Santer, höchstpersönlich und sehr ungehalten zu Wort: Wie die Skandinavier dazu kämen, anderen Lektionen erteilen zu wollen, habe er getobt. Die Angelegenheit sei ausschliesslich Sache der Kom-

mission, und damit basta. Innerhalb von vierundzwanzig Stunden, gab Santer schriftlich bekannt, müsse die Initiative vom Tisch sein, sonst drohe eine Klage vor dem EU-Gerichtshof. Nichts übrig blieb auch von den schönen Absichten Schwedens, die übrigen EU-Mitglieder dazu zu bringen, die fortschrittlichen schwedischen Umweltgesetze zu übernehmen. Nachdem die Schweden wochenlang versuchten, ihr fortschrittliches Tierschutzgesetz den übrigen EU-Staaten schmackhaft zu machen, mussten sie schliesslich ihr Gesetz liberalisieren. «Man hat uns nur als Nettozahler gebraucht, um die chronisch defizitären Südländer weiter mit sinnlosen Subventionen versorgen zu können - nicht wegen einer neuen Politikgestaltung», schimpft Sozialdemokrat Kenth Pettersson bitter. Weltwoche, 31.8.95.pr.

Deutschland, Oesterreich und die Neutralität

Klaus Kinkel, Deutscher Auslandsminister, forderte Österreich auf, die Neutralität aufzugeben und der Nato und der Westeuropäischen Union beizutreten, da alle EU-Länder Mitglieder dieser zwei Organisationen werden sollten. Österreich müsse sich den selben Bedingungen unterwerfen, wie die anderen Mitgliedstaaten auch und müsse somit die gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik unterstützen. (N.Q. 23.10.95).pr.

Urteil des EU-Gerichtshofes

Frauen darf bei gleichen Qualifikationen nicht automatisch der Vorrang gegeben werden, bis eine ausgeglichenes Verhältnis der Geschlechter erreicht ist. Dies stellte der EU-Gerichtshof im Oktober 1995 fest. Die Luxemburger Richter bejahen zwar die Rechtmässigkeit von besonderen nationalen Massnahmen zur Förderung des Berufszugangs und Aufstiegs von Frauen. Faktisch gehe es aber dabei immer um die Herstellung der Chancengleichheit, nicht um das Erreichen der gleichen Zahl Beschäftigter weiblichen und männlichen Geschlechts in allen Vergütungsgruppen und Funktionsebenen. Der EU-Gerichtshof betont, eine nationale Regelung, die den Frauen bei Ernennungen oder Beförderungen absolut und unbe-

dingt den Vorrang einräume, gehe über die Förderung der Chancengleichheit hinaus und verletze den Gleichbehandlungsgrundsatz. NZZ, 18.10.95.pr.

Formen der Isolation

Die guten Absichten, die an den Uno-Konferenzen in Rio zur Umwelt- oder in Kairo zur Bevölkerungsproblematik bekundet wurden, können nicht umgesetzt werden, wenn sie von den reichen Nationen weiterhin nicht finanziert werden. Der Administrator des UNDP, James G. Speth, lobte nach einem Gespräch mit Aussenminister Flavio Cotti den herausragenden Beitrag der Schweiz. Mit 56 Millionen Franken steht die Eidgenossenschaft an neunter Stelle der UNDP-Geldspender. (NZZ. 30.9.95). Wir wünschen der Schweiz vermehrt solches Engagement, denn solches beweist echte Offenheit! pr.

Gütesiegel «Hormonfreies Fleisch»

Das Gütesiegel «Hormonfreies Fleisch» ist in der EU unzulässig, da bereits ein Homonverbot bestehe und alles in der EU verkaufte Fleisch hormonfrei sein müsse. Dabei wurde vom für Agrarfragen zuständigen EU-Kommissar Franz Fischler vor dem EU-Parlament durchaus eingeräumt, dass dieser Idealzustand trotz verstärkter Kontrollen keineswegs garantiert werden könne. Auf mündliche Anfragen aus mehreren Fraktionen wies der Kommissar auf das Problem hin, dass immer wieder Substanzen auftauchten, deren Existenz weder erlaubt noch verboten, sondern, weil unbekannt, einfach ungeregelt sei. In der Praxis würden Cocktails mit unbekannten Substanzen verwendet, die nicht gezielt kontrolliert werden könnten. NZZ, 26.9.95.pr.

Ausbau der Festung Europa

Spanien hat begonnen, seine Exklave Ceuta an der nordafrikanischen Küste mit Stacheldraht abzusperren, um illegale Einwanderer abzuhalten. Im Oktober wurde der Bau eines acht Kilometer langen Zauns zwischen Ceuta und Marokko in Angriff genommen. Damit soll der Zustrom von afrikanischen Einwanderern über die nur schlecht kontrollierbare Grenze verhindert werden. NZZ,

21/22.10.1995. pr.

«Österreichs Druck ist Unfug»

Im Tirol übt das Transitforum den Widerstand. Am 7./8. Okt. besetzten rund 3000 Personen die Brenner-Autobahn beim Dorf Schönberg.

Echo (Zeitschrift der Alpeninitiative): «Österreich macht bei den bilateralen Verhandlungen Druck auf die Schweiz. Die 28-Tonnenlimite soll fallen. Ginge es den TirolerInnen besser?»

Fritz Gurgiser (Obmann des Transitforums Tirol. Er steht an der Spitze des BürgerInnenwiderstandes am Brenner): «Das ist Unfug. Das tragen wir nicht mit. Die Schweiz darf nicht die verkehrte EU-Verkehrspolitik übernehmen. Es muss umgekehrt sein: Die 28-Tonnenlimite ist auch am Brenner einzuführen.»

Echo: «Die Lage am Brenner spitzt sich zu: Kommt es zu einer Eskalation?»

Gurgiser: «Die Eskalation findet täglich statt. Die Bevölkerung wird tagtäglich 24 Stunden lang massivsten Vergiftungen und Verlärmungen ausgesetzt. Dem werden wir massiven BürgerInnenwiderstand entgegensetzen. Wenn man diese Transitroute nicht lahmlegt, bekommt man kein Gehör. Wir handeln in reiner Notwehr.»

Echo: «Wie kann die Schweiz den TirolerInnen am besten helfen?»

Gurgiser: «Das einzig Vernünftige wäre es, wenn alle Alpenländer an einem Stick ziehen würden. Nur das führt zum Ziel. Die EU-Verkehrs- und Wirtschaftspolitik muss sich ändern. Das ist weniger ein Problem der Politik sondern der Industriemafia.» (Echo, Nr. 37, 13.11.95). ax.



Forum-Tagungen in Zürich und Basel

Tagung in Zürich

Das Forum für direkte Demokratie organisierte am 11. 9. 1995 in Zürich eine Tagung unter dem Titel «Europa von oben? Europa von unten!». Diskutiert wurde über Umwelt, Wirtschaft, Soziales und Demokratie. Dabei zeigte sich die grundsätzliche Tendenz, dass sich EU-Beitritts-Befürworter und EU-Beitritts-Skeptiker kaum in ihrer Kritik an der aktuellen EU unterscheiden. Man ist sich darüber einig, dass die Umweltpolitik in der EU eine untergeordnete Rolle spielt, dass der Binnenmarkt ein Deregulierungsprojekt mit hohen sozialen Kosten ist und dass die EU heute undemokratisch organisiert ist. Die Gräben öffnen sich erst nachher. Während manche das «Mitmachen» als das Gebot der Stunde sehen, lehnen die anderen die EU-Integration der Schweiz ab. Diese Divergenz gründet in der unterschiedlichen Einschätzung der Reformfähigkeit der EU und den schweizinternen Folgen des «Europa-Entscheids». Zudem aber auch in der Bewertung der Einflussmöglichkeiten der Schweiz (oder des links-grünen Lagers?) innerhalb der EU. Deshalb müsste die Diskussion an dieser Stelle aufgenommen und weitergeführt werden - sonst werden sich die Diskussionen um weitere Jahre im Kreise herumdrehen. Zeit dazu hätten wir, denn über einen EU-Beitritt werden wir so schnell nicht abstimmen müssen.

Das 'Monatsmagazin für neue Politik' (Nr. 9.95) hat die Podiumsdiskussion zur «Wirtschafts- und Sozialpolitik» mit Res Strehle (Journalist, Autor, Forummitglied), Stelle

Jegher (FraPI!), Serge Gaillard (SGB) und dem Moderator Patrick Ziltener (Sozialwissenschaftler, Forummitglied, Redaktor Widerspruch), vollständig abgedruckt. (MOMA, Postfach, 8031 Zürich. Einzelpreis Fr. 8.-)

Tagung in Basel

Von der Basler Regionalgruppe des Forums für direkte Demokratie (Adresse: Forum für direkte Demokratie, Regionalgruppe Basel, Andlauerstrasse 7, 4057 Basel) wurde am 11.11.95 in Basel eine Tagung organisiert. Eingeladen wurden Frau Theresa Herzog, NGO-Koordination für die Vorbereitung der gesamteuropäischen Umweltministerkonferenzen, SP-Nationalrätin Margrith von Felten, GP-Kantonsrat Dani Vischer, Zürich, und Paul Ruppen, Forum für direkte Demokratie. Unter der Leitung von Manfred Reist, Journalist, wurde am Vormittag angeregt über «Europa- und EG-Fragen und die Situation der Schweiz» diskutiert. Dabei wurden u.a. Möglichkeiten der Demokratisierung der internationalen Beziehungen, Alternativen zur EU-Integration, die EU als patriarchalisches Projekt und die europapolitische Atmosphäre im links-grünen Spektrum thematisiert. Am Nachmittag wurde über die bevorstehende Verfassungsrevision debattiert. Ca. 20 Personen nahmen am Anlass teil. Alle Beteiligten äusserten am Schluss das Bedürfnis nach vermehrten Debatten dieser Art. Wer in seiner Gegend Diskussionsanlässe organisieren möchte, kann sich mit dem Forum in Verbindung setzen. Wir stellen eine ReferentenInnenliste zur Verfügung. Tel + Fax 031 731 29 14. pr.

Ausstellung über Sicherheit und Zusammenarbeit

Das Forum für direkte Demokratie wurde vom Museum für Gestaltung, Zürich, eingeladen, an einer Ausstellung unter dem Titel «Ausstellung über Sicherheit und Zusammenarbeit» teilzunehmen. Verschiedenen Organisationen steht Platz zur Verfügung, um Ihren Beitrag zum Thema zu entwickeln. Das Museum übernimmt die Gesamtgestaltung der Ausstellung. Wir beauftragten Josef Loretan, Designer unseres Logos und der Lesesterne, Graphiker und Bildhauer, die Gestaltung des zur Verfügung gestellten Platzes zu übernehmen. Angesichts der begrenzten Mittel, die wir zur Verfügung stellen können, keine leichte Aufgabe. Über die Idee, die an der Ausstellung verwirklicht wird, möchten wir nichts ausführen, um Ihren «Gwunder» zu wecken. Dauer der Ausstellung: 22. November 1995 - 28 Januar 1996. Öffnungszeiten: Samstag, Sonntag, Dienstag, Donnerstag und Freitag, 10 00 - 18 00 Uhr. Mittwoch 10 00 - 21 00 Uhr. Am Montag, am 25. Dezember und 1. Januar geschlossen. Ort: Zürich, Ausstellungsstrasse 60 (Tel. Auskunft: 01 446 22 11). pr.

Corrigenda

In der Nummer 4/95 des EUROPA-MAGAZINs unterliefen u.a. folgende Fehler:

- Frau Susi Heule, Kandidatin der «Jungen Grünen Alternative», ist nicht, wie wir vermeldeten, eine klare EU-Beitritts-Befürworterin. Sie ist EU-Skeptikerin. Wir entschuldigen uns für den Patzer.

- Es ist nicht zutreffend, dass die Redaktoren der Zeitschrift «Schweiz im Gespräch» Mitglieder des Forums für direkte Demokratie sind.

EhrenamtlicheR BuchhalterIn gesucht

für die Vereinsbuchhaltung. Der Aufwand beträgt einige Stunden pro Monat für die Spesenabrechnungen, Zahlungen, etc.

Wir freuen uns ob Ihrem Anruf
Paul Ruppen und Alex C. Bauert
031 731 29 14 und 031 981 30 87

Forum pour la démocratie directe

social, écologique et critique à l'égard de l'Union Européenne

EUROPA-MAGAZIN

Für dezentrale politische Strukturen in Europa
für direkte Demokratie
für EU-Kritik

Für aktive Menschenrechts- und Minderheitenpolitik

GEGEN DIE SCHAFFUNG EINER WESTEUROPÄISCHEN GROSSMACHT

gegen 2/3-Gesellschaften

für den Einbezug von Nichtregierungsorganisationen bei internationalen Verhandlungen

FÜR EINE GLOBALE AUSGEWOGENE ENTWICKLUNG

GEGEN DIE NEOLIBERALEN DAMPFWALZEN

FÜR WENIGER ZENTRALISATION UND MEHR KOOPERATION



☐ Schicken Sie mir ein weiteres EUROPA-MAGAZIN zur Ansicht.

☐ Ich möchte das EUROPA-MAGAZIN abonnieren (6x jährlich Fr. 30.-)

☐ Ich möchte Mitglied des Forums werden und zahle den Mitgliederbeitrag von Fr. 50.- (Fr. 30.- für wenig verdienende)(inkl. Abonnement EUROPA-MAGAZIN)

☐ Ich möchte beim Forum (bei Gelegenheit) mitpolitisieren

Vorname u. Name:

Strasse:

Ort:

Einsenden an: Forum für direkte Demokratie

Postfach 1883, 8048 Zürich, Tel + Fax 031 - 731 29 14

Redaktionsadresse

EUROPA-MAGAZIN

Postfach 1883, 8048 Zürich

tel + fax 031 - 731 29 14
für Ihre Abo-Bestellung

Impressum

Herausgeber:

Forum für direkte Demokratie

EU-kritisch, ökologisch, sozial

Redaktion

Alex C. Bauert (axt)

Paul Ruppen (pr)
031 - 731 29 14

031 - 981 30 87

Korrekturen französischsprachiger Teil

Jean-Marie Meilland, Martigny

Layout: Alex C. Bauert

Redaktionsadresse:

Europa-Magazin Postfach 1883,

8048 Zürich, fax 031 - 731 29 14

Druck: ropress, 8048 Zürich

Auflage 3'000

Erscheinungsweise: 6 mal jährlich

Jahrgang 3, Nr. 11, 15. November 95

Abonnement: Fr. 30.-, DM 40.-

Redaktionsschluss: 30. November 1995

Dossier «Frieden»

Beiträge zu diesem oder anderen Themen
sind erwünscht. Kürzungen behalten wir
uns vor.

1328 /B: 86
HERRN
DANIEL BRUNNER
POSTFACH 13
ARTHERSTRASSE 32
6301 ZUG

AZB 8048 Zürich
PP-CH 8048 Zürich